:antifaschistische nachrichten Nr. 2

g 3336 26.1.2011 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Legale Waffen Rechtsextremer

In Hamburg und Bremen wurden Ende des letzten Jahres bei Hausdurchsuchungen bei bekannten Rechtsextremen Waffen gefunden, für die die Betroffenen jedoch waffenrechtliche Genehmigungen besaßen. Seitdem läuft in den Bundesländern eine Diskussion darüber, rechtsextremen Personen bereits erteilte Genehmigungen nachträglich zu entziehen. Zukünftig soll für Rechtsextreme bereits der legale Waffenbesitz unmöglich sein. Die zur Legalität gehörigen Papiere, z. B. Waffenscheine und Waffenbesitzkarte, sollen ihnen erst gar nicht ausgestellt werden. Die rechtliche Möglichkeit dazu gibt es schon lange: die Zuverlässigkeit im Waffenrecht § 5. Auf Grundlage dieses Gesetzes läuft derzeit die Überprüfung auffällig gewordener Rechtsextremer in Niedersachsen. Diejenigen unter ihnen, die einen Waffenschein besitzen, müssen diesen wegen Unzuverlässigkeit abgeben.

Im Waffenrecht spielt die Zuverlässigkeit im Wesentlichen bei der Erteilung oder der Rücknahme bzw. dem Widerruf einer Waffenbesitzkarte oder eines Munitionserwerbsscheines eine Rolle. Laut § 5 Abs. 2 Nr. 3 heißt es nämlich: „Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen in der Regel Personen nicht, die einzeln oder als Mitglied einer Vereinigung Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder in den letzten fünf Jahren verfolgt oder unterstützt haben, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind […].“

Dass gewaltbereite bekannte Neonazis in Deutschland überhaupt Waffen legal besitzen, ist ein Skandal. Wieso stellen die Kreispolizeibehörden den radikalen Rechten Waffenbesitzkarten und Munitionserwerbsscheine aus? Immer wieder fällt die Untätigkeit der staatlichen Organe ins Auge, wenn es um das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geht. Völlig unverständlich, wenn man sich die lange Liste der rechtsmotivierten Gewalttaten in Deutschland anschaut, deren Zahl von den Behörden auch noch kleingerechnet wird. *MK* ■

Parlamentarische (Nicht)Aufklärung des Naziterrors



Keupstraße, Köln, 21. Januar 2012 (s.S.4) , Foto: Peter Bach

In den ersten beiden Sitzungen des Innenausschusses des Bundestages nach Bekanntwerden der Nazimordserie, im November 2011, saßen die Präsidenten zentraler Sicherheitsorgane der Bundesrepublik recht kleinlaut vor den anwesenden Parlamentariern. Sowohl dem Chef des Bundeskriminalamtes (BKA) Zierke als auch dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Fromm war anzumerken, dass ihnen die nun offenbarte Dimension des Naziterrors unangenehm und peinlich war, wurde damit doch die Fähigkeit und Kompetenz der von ihnen geleiteten Dienste in Frage gestellt. Wie sollten sie erklären, warum sie über Jahre die Szene mit V-Leuten durchsetzt und sie damit weiter finanziert und aufgepäppelt hatten, wenn sie doch angeblich vom Treiben des mörderischen Trios über 13 Jahre nichts gewusst hatten?

Schonungslose Aufklärung der Vorfälle und des Versagens der Behörden, das war eine wichtige Forderung der parlamentarischen Aufarbeitung des Geschehens. Öffentliche Aufklärung – das war eine Forderung vor allem von LINKEN und Grünen. Beides steht auf parlamentarischer Ebene gegenwärtig mehr als in Frage. Zwar nahm das Thema NSU und Nazimorde in jeder Sitzung des Innenausschusses des Bundestages bis Mitte Januar den zentralen Platz ein, die Aussagefreudigkeit der Verantwortlichen von BKA, BfV und Generalbundesanwalt sinkt jedoch im Verhältnis zur wachsenden Unklarheit, was das tatsächliche Geschehen angeht. Schon in der ersten Sitzung im November versteckten sich die anwesenden Vertreter der Landesämter für Verfassungsschutz – vor allem Thüringen – hinter ihrer nur eingeschränkten Aussagegenehmigung. Die Chefs der →

Aus dem Inhalt:

Wirksame Aufklärung gefordert

Neben der MBR und dem apabiz e.V. haben sich am 13. Januar mehr als 30 Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Organisationen in Berlin zum Thema NSU und getroffen und den Umgang der Behörden und Parlamente zu den Ereignissen der vergangenen Jahre diskutiert. Wir dokumentieren die Pressemitteilung der beteiligten Organisationen.

Zeitgleich zur parlamentarischen Diskussion über die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags trafen sich am Freitag in Berlin mehr als 30 Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Organisationen zum Thema NSU.

Die anwesenden Initiativen recherchieren und arbeiten seit Jahren, weit vor dem Bekanntwerden der NSU-Verbrechen, zu Strukturen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rassismus.

An diesem Freitag kamen sie zu den Schlussfolgerungen:

1 – Die Behörden haben über 15 Jahre bei der Verfolgung der Neonazis mindestens versagt, wenn nicht mit ihnen kooperiert, so dass die Opfer ihnen schutzlos ausgeliefert waren.

2 – Die Parlamente haben während dieser Zeit ihre Aufgabe nicht erfüllt, die Tätigkeit der zuständigen Behörden zu kontrollieren und haben deren Versagen nicht erkannt. Weder Gesellschaft noch Medien haben die rassistischen Morde und ihren gesellschaftspolitischen Hintergrund ausreichend problematisiert.

3 –Auch seit Bekanntwerden der NSU-Morde vor zwei Monaten haben die Parlamente keine befriedigende Aufklärung erhalten, sondern wurden von den zuständigen Behörden hingehalten. Die Aufklärung durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse ist überfällig und darf nicht weiter verzögert werden.

4 – Die Ungewissheit über die weitere Einrichtung und Gestaltung von Untersuchungsausschüssen bestärkt das ohnehin bestehende Misstrauen, ob dies überhaupt jemals zu einer vollständigen Aufklärung der Nazi-Morde und der Rolle der Behörden dabei führen kann.

5 – Nicht hinnehmbar ist es, dass Behörden Informationen filtern und bewerten: ihnen darf nicht weiter die Deutungshoheit überlassen werden.

6 –Weitere außerparlamentarische Aufklärung muss gestärkt und der dort vorhandene Sachverstand der Initiativen genutzt werden. Dazu stehen diese mit all ihrem Fachwissen gegenüber den Betroffenen, der Politik und der Öffentlichkeit bereit. Die bisher völlig unzureichende gesellschaftliche Debatte über Rechtsextremismus und Rassismus muss befördert werden.

7 – Die Vertreterinnen und Vertreter des Treffens kündigen zum 3. März 2012 in Berlin ein öffentliches Hearing an, wo sie Einzelheiten ihrer Erkenntnisse, Analysen und Forderungen vorstellen und diskutieren.

Stellvertretend für die Teilnehmenden und für Rückfragen:

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum apabiz e.V.
mail@apabiz.de, Tel: 030. 6116249

Fortsetzung von Seite 1

Landeskriminalämter zogen es vor, gleich gar nicht vor den Parlamentariern zu erscheinen. Konnten die Dienste zu Beginn mit der Präsentation von Funden aus dem Haus in Zwickau (die Bekenner-DVD, ältere Videos zu einzelnen Mordtaten) noch eine gewisse Offenheit zu Schau stellen, werden die Antworten bei den Fragen nach den Gründen für das Versagen der Behörden immer einsilbiger.

Die geforderte und zugesicherte Aufklärung wird dabei in den Untiefen des Föderalismus versenkt. Wie im Pingpong-Spiel wird dabei der Schwarze Peter von den Sicherheitsdiensten hin und her geschoben. Heißt es gegenüber den Parlamentariern im Bund, die Recherchen des BfV, wie es zum Abtauchen des Trios kommen konnte, dürften auf Verlangen der Länder nur dem geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) zugänglich gemacht werden, so lautet die Argumentation in den Ländern genau umgekehrt: dort wird den Abgeordneten gesagt, die Bundesebene verhindere eine Information an sie und poche auf Geheimhaltung. Hier lässt sich bereits absehen wie die Behörden offensichtlich mit den im Bund und auch in einigen Ländern beschlossenen Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen umgehen wollen: nicht lückenlose Aufklärung über die Hintergründe der Nazimorde und das Versagen der Sicherheitskräfte dürfte dort das Hauptthema sein, sondern der juristische Kampf um einzelne Aussagegenehmigungen eines geladenen Zeugen.

Da es sich um ein schwebendes Verfahren handelt werden sich die Behörden im Zweifelsfall genau dahinter verstecken: um die Ermittlungen nicht zu gefährden dürfe man öffentlich nichts äußern. Berücksichtigt man, dass – völlig berechtigt – zahlreiche Fälle vermuteter Nazigewalt jetzt von den Behörden noch einmal aufgerollt und auf eine mögliche Verbindung zur NSU untersucht werden, ist es gut möglich, dass man sich mit dieser Ausrede um alle brisanten Fragen herumdrücken kann.

Was also tun angesichts der zu erwartenden Verweigerungshaltung der Behörden? Sieht man sich an, woher die meisten neuen und erhellenden Informationen zum Netzwerk des Nazitrios stammen, dann wird schnell klar, dass die Sicherheitsbehörden hier eher durch Unwissen und Unkenntnis der Szene glänzen. Antifa-Archive, Recherchegruppen und KennerInnen der Szene aus Politik, Wissenschaft und Journalismus sind es, die die Umrisse eines Netzes aufgezeigt haben, dem auch die NSU entstammt und durch das sie am Leben gehalten wurde. Ob Freies Netz in Sachsen, die Auslandskontakte der Szene oder die Spuren ins Blood & Honour Spektrum, immer wurden diese Infos aus Antifakreisen in die Öffentlichkeit gebracht. Hier gilt es anzuknüpfen. Der staatlichen und parlamentarischen (Nicht)Aufklärung muss eine unabhängige Aufklärung an die Seite gestellt werden. Die große Kunst wird sein, das öffentlich wahrnehmbar und bundesweit auf die Beine zu stellen. Noch gibt es ein großes Interesse der Medien an dem Thema und zahlreiche kritische Fragen an die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Hier mit eigenen Erkenntnissen und Antworten aufwarten zu können wäre eine Möglichkeit, die angeschlagene Deutungshoheit der Ämter weiter zu beschneiden. Deren Ziel ist schon vor Beginn der parlamentarischen Aufklärung in Erfüllung gegangen: mit den schnellen Initiativen des Innenministers (neue Dateien, Abwehrzentrum Rechtsextremismus) werden genau die Institutionen gestärkt, die angeblich über zehn Jahre nichts vom Treiben der rechten Mörderbande wussten. Nötig wäre das Gegenteil: nicht eine Verabschiedung des Themas Rassismus und extreme Rechte in die Zuständigkeit von Geheimdiensten und Polizei sondern eine verstärkte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Ursachen der mörderischen Gewalt von rechts.

Gerd Wiegel

Orbans Freunde

BERLIN/UNGARN. Die Rechtsentwicklung in Ungarn erhält Unterstützung durch die extreme Rechte in Deutschland und Österreich. Ungarn sei wieder "Zielscheibe politisch korrekter Heuchelei" schreibt der FPÖ-Europaparlamentarier Andreas Mölzer in einem Beitrag in der „Jungen Freiheit", der unter der Überschrift „Hetzjagd gegen Budapest" erschienen ist. Die Kritik aus den EU-Ländern an Orbans Einführung eines reaktionären Mediengesetzes und die massiven Änderungen an der ungarischen Verfassung bezeichnet der FPÖ-Rechtsaußen als „linksautoritäre Haltung". Mölzer vergleicht die derzeitigen „politisch-korrekten Empörungsstürme" gegen die ungarische Orban-Regierung mit den Sanktionen der 14 EU-Länder gegen die damalige FPÖ-ÖVP-Regierung in Österreich im Jahr 2000. Auch die Sanktionen gegen Österreich seien damals ins Leere gelaufen. „Solidarität mit Ungarn – gegen die EU-Diktatur!" fordert Jürgen Elsässer („Volksinitiative" / „Compact") auf seiner Internetseite. Die Regierung Orban – Orban war 2001 mit dem Franz-Josef-Strauß-Preis der CSU-nahen „Hanns-Seidel-Stiftung" ausgezeichnet worden – solle bestraft werden, „weil sie gegen das internationale Finanzkapital" vorgehe, meint der. Alle anderen Argumente gegen die Orban-Regierung wie Menschenrechtsverstöße, Pressezensur und die Gefährdung der unabhängigen Justiz „fallen demgegenüber nicht ins Gewicht", meint Elsässer, bzw. seien „innerungarische Angelegenheiten", die das Ausland und die EU nichts anzugehen hätten. *hma* ■

Dauerausstellung in Bozen

ITALIEN/SÜDTIROL. Das von den italienischen Faschisten 1928 in Bolzano (Bozen) eingeweihte „Siegesdenkmal" erhält ein Dokumentationszentrum mit einer Dauerausstellung. Die Errichtung des Dokumentationszentrums zur Aufarbeitung der Geschichte wurde Anfang Januar offiziell besiegelt. Die Ausstellung, für deren Erstellung 834 000 Euro bereitgestellt werden, soll dem faschistischen Relikt die „ideologische Aufladung" nehmen, so Landrätin Sabina Kasslatter Mur. Bereits in diesem Jahr soll die Ausstellung fertig gestellt werden. *hma* ■

Oblinger zurückgepfiffen

ICHENHAUSEN. Der katholische Stadtpfarrer von Ichenhausen im Kreis Günzburg, Georg Alois Oblinger, schreibt seit 2002 regelmäßig in der „Jungen Freiheit". Nun ist er von seiner Diözese und Bischof Konrad Zdarsa (Augsburg) aufgefordert worden, dies künftig zu unterlassen. Oblinger erklärte, sich an die Weisung der Diözese halten zu wollen. Die Schreiberlinge der rassistischen Internetseite „PI-News" und der am extrem rechten Rand des Katholizismus angesiedelten Internetseite kreuz.net schäumen derweil vor Wut.

Hubert Gindert, Vorsitzender des 'Forums Deutscher Katholiken', soll demnach den Bischof aufgefordert haben, seine Entscheidung noch einmal zu überdenken. Kritik an der Entscheidung der Diözese kam auch vom Sprecher des „Arbeitskreises Engagierter Katholiken" (AEK) in der CDU, Martin Lohmann. Dieser vermutet ein eklatantes Missverständnis, so kath.net. *hma* ■

„Deutschland schafft es ab" – Buchsammelaktion

Berlinale-Aktion gg. Sarrazin:



BERLIN. Mit mehr als 1,3 Millionen verkauften Exemplaren ist *Deutschland schafft sich ab* von Thilo Sarrazin das erfolgreichste politische Sachbuch eines deutschen Autors der Nachkriegszeit. Im Rahmen der 7. Berlin Biennale für zeitgenössische Kunst initiiert der tschechische Künstler Martin Zet jetzt die Kampagne „Deutschland schafft es ab". Er ruft dazu auf, möglichst viele Exemplare des Buches zu sammeln und sich seiner so zu entledigen. „Ab einem bestimmten Moment ist es nicht mehr wichtig, was die Qualität oder wahre Intention eines Buches ist, sondern welchen Effekt es in der deutschen Gesellschaft hat. Das Buch weckte und förderte antimigrantische und hauptsächlich anti-türkische Tendenzen in diesem Land. Ich schlage vor, das Buch als aktives Werkzeug zu benutzen, welches den Menschen ermöglicht, ihre eigene Position zu bekunden.", erklärt Martin Zet. Der Künstler ruft dazu auf, mindestens 60 000 Exemplare zu sammeln, was weniger als 5 Prozent der kompletten Auflage entspricht. Die Bücher werden in einer Installation in der 7. Berlin Biennale gezeigt; nach Ende der Ausstellung werden sie recycelt.

Die erste Sammelstelle in Berlin gibt es ab dem12. Januar 2012 in den KW Institute for Contemporary Art, Auguststraße 69, 10117 Berlin-Mitte (zugänglich täglich von 10 bis 20 Uhr). Weitere Sammelstellen, auch deutschlandweit, unter http://www.berlinbiennale.de/blog/news/ Poster zur Aktion können dort heruntergeladen werden. ■

„Symbolfigur" verloren

ÖSTERREICH. Die extreme Rechte in Österreich trauert um ihre „Symbolfigur". Im Alter von 93 Jahren verstarb am 2.Januar Dr. Otto Scrinzi. Der gebürtige Südtiroler war SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied und vertrat die FPÖ bis 1979 im Nationalrat. Wiederholt nahm Scrinzi an Veranstaltungen der DVU teil, gehörte zu den Autoren der „Deutschen Nationalzeitung" und trat als Referent auf Veranstaltungen der „Deutschen Stimme" der NPD auf. Nachrufe auf Scrinzi kamen u. a. vom „Südtiroler Schützenbund", dem Landessprecher der „Freiheitlichen Jugend" in Südtirol und von FPÖ-Chef Strache. Letzterer hob hervor, daß Scrinzi ein „freiheitliches Urgestein" gewesen sei, der „die Werte unserer Gesinnungsgemeinschaft immer gelebt" habe. *hma* ■

Querkopf erneut attackiert

KÖLN. In der Nacht vom 5. zum 6. Januar wurde das Büro der Kölner Obdachlosenzeitung „Querkopf" wieder einmal von Rechtsradikalen attackiert. Entstandener Schaden: Scheibenaußenfront einschließlich Fenster der Tür eingeworfen. Ein Pflasterstein lag im Büro, ein weiterer liegt noch vor der Tür. Plakate sind verschwunden,

Inhalt der Plakate: „Gegen Imperialismus und Krieg, für die sozialistische Revolution, Frankfurter Tor 15.1.2012", „Polizeikongress Demo 28.1.2012", „Stoppt die Gefängnisindustrie". „Die Täter hätten die Plakate auch zu normalen Öffnungszeiten kostenlos erhalten können", teilt der Querkopf e.V. mit. „Bereits in der Vergangenheit war unser Büro immer wieder Ausflugsziel von rechtsradikalen Strömungen um Schaden anzurichten. Hakenkreuzschmierereien, Hinterlassenschaften von rechtsradikalen Internet-Adressen waren in der Vergangenheit an der Tagesordnung. Querkopf wird sich durch eine solche Vorgehensweise nicht einschüchtern lassen und auch künftig für die Weiterverbreitung linker Informationen sorgen."

*NRhZ/Que*r ■

Neue Nazigruppe?

MITTELSACHSEN/OSTERZGEBIRGE: Verschiedene Aktivitäten von Neonazis legen nahe, dass im Osterzgebirge (Landkreis Mittelsachsen) eine neue Gruppierung der rechtsextremen Szene entstanden ist. Provokative Aktionen neben dem Weihnachtsmarkt in Brand-Erbisdorf, Ausländerhatz in Freiberg, Auftreten in

Jugendklubs mit Verteilung von Infomaterial der NPD und die Ankündigung weiterer Aktionen von „Nationalen Sozialisten Osterzgebirge“ (NSO) haben die Behörden bis hinein ins sächsische Innenministerium aufgeschreckt. Innenminister Ulbig und Freibergs Landrat kündigten „härtere Bandagen“ an.

OSTSACHSEN: Nach Mitteilung der Antifa Lausitz haben die Übergriffe der extremen Rechten einschließlich Sachbeschädigungen und Körperverletzungen sowie Neonaziaktivitäten wie die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen 2011 in Ostsachsen zugenommen. Insgesamt gab es 161 Vorkommnisse mit rechtsextremistischem Hintergrund. *ag.rex/DIE LINKE* ■

1. Mai in Dortmund

DORTMUND: In Dortmund, wo vor drei Jahren 300 Neonazis am 1. Mai die DGB-Kundgebung überfielen und 2006 ein Kioskbetreiber von den Mördern des NSU erschossen wurde, wollen die Neonazis unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ wiederum am 1. Mai provokatorisch aufmarschieren. (Vom Hauptbahnhof durch die nördliche Innenstadt.) Im selben Zeitraum soll nach drei (!) Jahren endlich auch der Prozess gegen die Rädelsführer des Naziüberfalls von 2009 vor dem Dortmunder Schöffengericht beginnen.

ag.rex/ DIE LINKE ■

Letztlich doch Knast

AACHEN. Der wegen Mordes verurteilte Naziverbrecher Heinrich Boere hat im Alter von 90 Jahren seine Haft angetreten. Er wurde in das Krankenhaus einer Justizvollzllgsanstalt in Nordrhein-Westfalen gebracht. Boere war ursprünglich bereits 1949 vom Sondergerichtshof in Amsterdam zum Tode verurteilt worden, hatte sich jedoch nach Deutschland abgesetzt, wo er jahrzehntelang nicht behelligt worden war. *ag.rex/DIE LINKE* ■

Stelldichein rechter Hetzer

STUTTGART. Der rechte, verschwörungsideologische und esoterische Kopp-Verlag aus Rottenburg plant für den 4. Februar 2012 eine rechtspopulistische Konferenz in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen bei Stuttgart. Unter dem Motto „Europa vor dem Crash“ (es gibt ein Buch im Kopp-Verlag mit exakt demselben Titel) sind fünf bekannte Kopp-Autoren und Rechtspopulisten angekündigt. Wie im Programm des Kopp-Verlags angekündigt geht es um den Kampf des Vaterlandes gegen eine angebliche „EU-Diktatur“ und um „die amerikanische Hochfinanz“, die sich „im Währungskrieg zwischen Dollar und Euro“ befinde. Man fürchtet „bürgerkriegsähnliche Zustände“ in Deutschland, womit aber beim Kopp-Verlag vor allem die Angst vor Migrant_innen gemeint ist.

Der Kongress soll 9 bis 19 Uhr im Kongress- und Tagungszentrum Filderhalle (Bahnhofstraße 61, 70771 Leinfelden-Echterdingen) stattfinden.

Die Referenten sind: Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Dr. Bruno Bandulet, Dr. Udo Ulfkotte, Prof. Dr. Bernd-Thomas Ramb.

Der Kongress ist ein Stelldichein rechtspopulistischer und rassistischer Hetzer. Darüber sollte auch nicht die Sammlung akademischer Titel hinwegtäuschen, die diese Personen mit sich herumtragen.

Alle Referenten sind Vertreter eines Rassismus und Rechtspopulismus, der in der bürgerlichen Mitte beheimatet ist und der in Krisenzeiten kräftig befeuert wird. Hier kommen antimuslimischer Rassismus, antizionistische und antiamerikanische Verschwörungsfantasien, Antifeminismus und irrationale Welterklärungs„theorien“ zusammen.

Zu dem geplanten Rechtspopulistischen Kongress erklärt Sven Fichtner, Kreisvorstandsmitglied Die Linke Stuttgart/ Linksjugend [‘solid] Stuttgart Sprecherratsmitglied: „Die Linksjugend [‘solid] Stuttgart und DIE LINKE Stuttgart wird aus ganz BaWü Antifaschisten/tinnen mobilisieren um diesen Kongress in unserer Stadt zu verhindern. Stuttgart ist bunt – nicht braun, und so bleibt es!“ ■

Menschenkette auf der Keupstraße

KÖLN. Für Samstag, den 21. Januar hatte die Interessengemeinschaft Keupstraße in Köln-Mülheim für 14 Uhr zu einer Menschenkette aufgerufen, um der Opfer des rassistischen Nagelbombenanschlags zu gedenken, bei dem 2004 22 Menschen verletzt wurden. Erst seitdem klar ist, dass auch dieser Bombenanschlag auf das Konto des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ geht, wurde in Köln wieder öffentlich zu diesem Verbrechen Stellung genommen und die Opfer des Anschlags berichteten, dass sie zum Teil noch im vergangenen Jahr verhört wurden unter dem Verdacht, selbst in den Anschlag verstrickt zu sein.

Ca. 300 Menschen kamen trotz strömenden Regens zur Auftaktkundgebung, auf der Vertreter der IG Keupstraße sowie der Grünen und der Linken sprachen und endlich vollständige Aufklärung des Verbrechens forderten. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hatte ein Grußwort geschickt. Bezirksvorsteher Fuchs (SPD) wurde durch seinen Stellvertreter von der CDU vertreten. Anschließend formierte sich zu beiden Seiten der Keupstraße die Menschenkette.

Am 9. Juni soll – wie vor acht Jahren, als Tausende zum Solidaritätsfest kamen -, mit einem Straßenfest an den Anschlag erinnert werden und auch eine Tafel am Ort des Bombenattentats angebracht werden. *u.b* ■.



Foto: Peter Bach

Jeder Nazi-Aufmarsch verhöhnt die Opfer

In einem offenen Brief wendet sich die VVN-BdA bezüglich des anstehenden Neonazi-Aufmarsches in Dresden an die politisch Verantwortlichen.

**Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Minister Friedrich,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Minister Ulbig,**

wie in den vergangenen Jahren ist auch im Februar 2012 ein Nazi-Aufmarsch in Dresden geplant, mit dem sich die politischen Kräfte, die Europa in Schutt und Asche gelegt haben und die Verantwortung für die 55 Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs tragen, als Repräsentanten „unschuldiger Opfer" eines „alliierten Bombenholocausts" darstellen wollen.

Als Veranstalter tritt ein „Aktionsbündnis gegen das Vergessen" auf, um das sich von „Kameradschaften", „Freien Kräften", „Autonomen Nationalisten" bis zum NPD-Kreisverband Dresden der gesamte braune Sumpf gruppiert, dem der „Nationalsozialistischen Untergrund" entstammt und aus dem er unterstützt wurde. Was sie eint, ist ihre völkische Ideologie: Rassismus, Antisemitismus, Hass auf alles „Fremde" ebenso wie auf jeden, der grundlegenden humanistischen Prinzipien folgt, die das Menschen- und Gesellschaftsbild unseres Grundgesetzes bestimmen.

Dass zu diesem Umfeld nicht „nur" die 10-fachen Mörder aus Zwickau, sondern auch Mörder und Totschläger von mindestens 150 weiteren Menschen gehören, macht noch einmal ganz deutlich, warum wir mit vielen anderen zusammen sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Sie haben in den vergangenen Jahren keinen Grund gesehen, den europaweit größten Nazi-Aufmarsch durch Dresden zu verbieten. Jahr für Jahr haben sich diesem aber mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger entgegen gestellt.

Jahr für Jahr wurde der antifaschistische Protest schon im Vorfeld als illegitim diffamiert und zunehmend kriminalisiert. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Durchsuchung von Büros in Dresden und Berlin und an die Massenspeicherung von Handy-Daten. Nun sind eine Reihe von strafrechtlichen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren gegen Personen eingeleitet worden, denen eine verantwortliche Rolle bei den Protesten gegen diesen Nazi-Aufmarsch unterstellt wird. Schnell ist man hier mit Tatvorwürfen wie „Bildung einer kriminellen Vereinigung" oder „Landfriedensbruch" bei der Hand.

Wie passt das dazu, dass immer wieder – wir meinen: zu Recht – zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts eingefordert wird? Wie passt das vor allem dazu, dass die notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung oft als Alternative einem Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen – das das Grundgesetz in Artikel 139 ja immer noch gebietet – gegenüber gestellt wurde?

**Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Herren,**

Wir wiederholen unsere Forderung: haben Sie in dieser Frage den Mut zu einer Wende!

Sorgen sie durch Abschaffung des V-Leute-Systems für die vom Verfassungsgericht vorgegebene Voraussetzung zu einem erfolgreichen NPD-Verbotsverfahren!

Sorgen Sie dafür, dass Menschen, die sich in einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung Faschisten in den Weg stellen, nicht länger kriminalisiert werden.

Lassen Sie nicht zu, dass im Februar 2012 der Nazi-Szene wieder der Weg durch Dresden frei geprügelt wird!

Verbieten Sie den Nazi-Aufmarsch!

Jeder Nazi-Aufmarsch verhöhnt die Opfer – die von damals und die von heute!

Solange Nazis marschieren dürfen, werden sich ihnen Antifaschisten in den Weg stellen, auch mit Blockaden!

Zeitzeugin Lina Haag feiert 105. Geburtstag



Am 18. Januar 2012 feiert die antifaschistische Widerstandskämpferin Lina Haag ihren 105. Geburtstag. Als Frau des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Alfred Haag wurde Lina Haag 1933 von den Nationalsozialisten verhaftet und jahrelang in verschiedenen Gefängnissen und dem KZ Lichtenburg gefangen gehalten.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde Lina Haag Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und gehört ihr, der größten Organisation von NS-Verfolgten und deren Angehörigen in Deutschland, auch heute noch an.

Über Deutschland hinaus bekannt wurde sie als Autorin des Buches „Eine Hand voll Staub – Widerstand einer Frau", das erstmals 1947 erschien und mittlerweile – in verschiedenen Sprachen immer wieder aufgelegt – eine Gesamtauflage von rund 500 000 Exemplaren erreichte. Die jüngste Ausgabe ist 2005 im Deutschen Taschenbuchverlag erschienen und nach wie vor im Buchhandel erhältlich.

Lina Haag schildert darin ihre Erlebnisse in der NS-Zeit, festgehalten in Form eines Briefes an ihren Mann, von dem sie, als sie 1944 mit der Niederschrift begann, nicht wusste, ob er noch lebe. Das Buch, das der Schriftsteller Oskar Maria einen „unendlichen Liebesbrief" genannt hat, war eine der ersten Veröffentlichungen über Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit in der Nachkriegszeit.

In ihrem Buch beschreibt Lina Haag, was ihr und ihrem Mann Alfred in den Gefängnissen und Konzentrationslagern widerfuhr, sie erzählt vom Kampf um die Freilassung ihres Mannes, der sie bis ins Büro des SS-Reichsführers Heinrich Himmler führte.

Lina Haag lebt heute in München. Jahrzehntelang hatte sie – solange dies ihr Gesundheitszustand zuließ – als Zeitzeugin von ihren Erfahrungen berichtet und vor neonazistischen Aktivitäten gewarnt. 2007 wurde sie mit dem Dachau-Preis für Zivilcourage geehrt.

Dr. Guido Hoyer, Landesgeschäftsführer VVN-BdA, Landesverband Bayern. ■

Kalk macht wieder einmal dicht!

Gegen den Pro-Köln-Aufmarsch am 28. Januar!



Nach der erfolgreich verhinderten Pro-Köln-Demo am 19. November 2011 und dem Neonazi-Aufmarsch am 10. Dezember müssen die Kalkerinnen und Kalker am 28. Januar nun schon zum dritten Mal in kurzer Zeit erleben, dass ihr Stadtteil Aufmarschgebiet für rechte und rassistische Propaganda werden soll. Und zum dritten Mal werden sich alle AntifaschistInnen und DemokratInnen das nicht gefallen lassen. Unter dem Motto „Kalk macht dicht 2.0" ruft das Bündnis gegen Pro Köln/Pro NRW dazu auf, den Aufmarsch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams zu verhindern und sich ab 9 Uhr auf der Kalker Hauptstraße den Rechten in den Weg zu stellen, bzw. zu setzen. Davon werden sie sich auch nicht von den neuerlichen Versuchen der Kölner Polizei zur Demobilisierung abhalten lassen. Der Kölner Polizeipräsident Albers hatte im Kölner Stadtanzeiger geäußert, man solle Pro Köln nur einmal an ihr Ziel, nämlich das AZ, laufen lassen und sie ignorieren, danach würde wieder Ruhe in Kalk einkehren. Das ist nicht nur politisch ein fatales Signal, sondern auch eine grobe Fehleinschätzung. Wenn Pro Köln an sein Ziel käme, wäre eher zu befürchten, dass sie Kalk für die Zukunft zu ihrem bevorzugten Stadtteil küren und dort öfter auftreten. Das haben Erfahrungen in anderen Städten gezeigt.
DIE LINKE Köln kritisierte Albers' Äußerungen in einer PM aufs Schärfste. So erklärte Torsten Löser, Sprecher des Kreisverbandes: „DIE LINKE ruft dazu auf, am 28. Januar den Aufmarsch von Pro Köln eneut zu blockieren. Es wäre darüber hinaus die Aufgabe des neuen Polizeipräsidenten Albers statt wegzuschauen, Vorschläge zu unterbreiten, wie dem zunehmenden Rechtsextremismus in unserer Stadt begegnet werden kann."

Auch das Bündnis gegen Pro Köln/NRW fand in einer PM klare Worte: „Polizeipräsident Albers Aufforderung im Kölner Stadtanzeiger vom 14.1.12, den Aufmarsch von Pro Köln zu ignorieren, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die sich seit Jahren gegen die extreme Rechte und Rassismus engagieren."

Pro Köln hat derweil bereits angekündigt, im Falle einer erneuten Verhinderung am 18. Februar 2012 (Karnevalssamstag!) einen erneuten Versuch zu unternehmen. Damit dürften sie bei der Kalker Bevölkerung nicht gerade Sympathiepunkte sammeln. Ein Grund mehr also, den Rechten am 28. Januar einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Neben dem Bündnis gegen Pro Köln/NRW ruft auch das Bündnis „Schäl Sick gegen Rassismus" auf, am 28. Januar nicht die Fensterläden zu schließen, sondern auf die Straße zu gehen. Unter dem Motto „Kalk macht wieder dicht – Gegen fremdenfeindlichen Hass auf der Schäl Sick" werden die Menschen ebenfalls ab 9 Uhr auf die Kalker Hauptstraße mobilisiert. Ab 10 Uhr soll dann eine Kundgebung direkt an der geplanten Route von Pro Köln stattfinden.

Eine erfolgreiche Verhinderung der Rassisten-Demo kann nur gelingen, wenn möglichst viele Menschen am 28. Januar lautstark protestieren und blockieren gehen. Denn auch 2012 soll es heißen: Kalk bleibt bunt!

Samstag, 28. Januar, 9 Uhr
Kalker Hauptstraße!

Stellt Euch quer!

„Köln stellt sich quer" ist bundesweit seit einigen Jahren ein Synonym für antifaschistischen Protest geworden, der vielfältige Formen einbezieht: Blockaden, ziviler Ungehorsam und sogar eine Demonstration in der Kirche. Vielfältiger, bunter und aktiver Widerstand der Menschen vor Ort ist mit diesem Slogan verbunden. Die Unterstützung für dieses Konzept reicht bis weit in die Kölner Stadtgesellschaft. Sogar der Stadtrat rief dazu auf, sich „quer" zu stellen. Inzwischen gibt es in vielen anderen Städten, zum Beispiel in Dortmund, *„… stellt sich quer"*.

Insofern ist die Diskussion, die in Köln gerade stattfindet, auch bundesweit von Interesse. Ihren Auftakt nahm sie durch Äußerungen des Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers, dessen Position der Kölner Stadt-Anzeiger am 14. Januar so wiedergibt:

„Aus seiner Sicht wäre es wünschenswert, dass der Aufmarsch der Rechten keinerlei Beachtung fände. ‚Die Anwohner könnten die Fenster schließen, die Rollläden runterlassen und ihrem Protest durch andere passive Formen Ausdruck verleihen.'"

Die Differenz liegt *nicht* darin, dass *„Köln stellt sich quer"* zu aktivem und der Polizeipräsident zu passivem Widerstand aufruft. Auch passiver Widerstand kann in bestimmten Fällen angebracht sein. Der Kölner Stadt-Anzeiger beginnt aber eine Grundsatzdebatte darüber, welche Protestformen angemessen und welche unangemessen sind. Ein Kommentar bringt es auf den Punkt, worum es dem Polizeipräsidenten und dem Kölner Stadt-Anzeiger geht: „Passiver Widerstand als Alternative."

Schaut man sich die jüngere Geschichte an, aber auch die weiter zurückliegende, so wurden im Kampf um die demokratischen Rechte in der Bundesrepublik vielfältige Formen des Protests und des Widerstands entwickelt. Dazu gehörte ziviler Ungehorsam als friedliche Protestform in den verschiedensten Varianten. Erinnert sei an die Anti-NPD-Veranstaltungen, Kundgebungen gegen Strauß, die AKW-Demonstrationen und vieles mehr. Der Vorschlag „Passiver Widerstand als Alternative" ist weltfremd und reflektiert nicht die demokra- →

NPD Landesparteitag in Ostritz

Am 21. Januar 2012 führte die NPD Sachsen ihren Landesparteitag in Ostritz durch. Zuvor hatte sie versucht, die stadteigene Festhalle in Plauen für diesen Tag zu mieten. Dies scheiterte, weil gleichzeitig ein Tanzstundenball in der Festhalle stattfindet.

Um eventuelle Proteste zu verunmöglichen, sollte der genaue Austragungsort geheim gehalten werden. Journalisten wurde mitgeteilt, dass erst am Freitag der genaue Ort auf Anfrage genannt wird. Doch diese Rechnung ging nicht auf. Antifaschistische Initiativen, Vereine und die lokale Presse erfuhr durch einen Rechercheartikel bereits am Donnerstag, dass der Austragungsort das Hotel Neisseblick in Ostritz ist. [1] Der Inhaber des Hotels, Hans-Peter Fischer, bot der NPD diese Örtlichkeit schon für die Durchführung des Bundesparteitages im Jahr 2011 an.

Die Mobilisierung des Protestes Die Initiative „Bunter Schall als Widerhall", die im Jahr 2011 mit einem Anerkennungspreis im Rahmen der Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie 2011 ausgezeichnet wurde, rief zu einer Kundgebung auf dem Ostritzer Marktplatz auf. Ursprünglich sollte diese direkt gegenüber dem Hotel abgehalten werden. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt, da die Bahnhofstraße eine Sackgasse ist und als Rettungsweg für den Ernstfall befahrbar sein muss, so die Ordnungsbehörde des Landkreises Görlitz. Bemerkenswert ist, dass unterschiedliche Akteure gemeinsam zu Protesten aufriefen. Gewerkschaften, Parteien, Vereine, die Antifaschistische Aktion Görlitz und die Antifa Lausitz riefen dazu auf, ein unübersehbares Zeichen gegen den braunen Spuk zu setzen.

21. Januar 2012 Ab 11 Uhr fand die Auftaktkundgebung gegen den NPD Landesparteitag auf dem Marktplatz in Ostritz statt. Zu dieser versammelten sich etwa 120 Menschen. Nach dem Friedensgebet in der evangelischen Kirche zogen etwa 100 Christen zu dem Marktplatz um sich der Kundgebung anzuschließen. Um deutlichen Protest in Sicht-und Hörweite zu zeigen, zog eine spontane Demonstration in Richtung des Hotels Neisseblick. Mit Sprechchören, Trillerpfeifen, Trommeln, Fahnen und Transparenten zeigten die Demonstrationsteilnehmer_innen, was Ostritz und seine Gäste von den ungebetenen braunen „Besuch" halten.

Dank Ein Dank geht an die vielen Menschen, die gemeinsam den Protest organisiert und an diesem teilgenommen haben. Ebenfalls bemerkenswert war die Unterstützung durch die Bevölkerung, die mit heißem Tee die Kälte erträglich machten.

Fazit „Die Kundgebung hat gezeigt, dass sich ganz viele unterschiedliche Gruppen verbünden mit dem Ziel, ein Zeichen gegen Rechts zu setzen", meint ein Sprecher der Initiative „Bunter Schall als Widerhall" Mirko Schultze. Irritiert zeigten sich einige, dass sich Landrat Lange (CDU) im Vorfeld und bis zum Sonntagabend nicht zu dem Thema äußerte. *Jens Thöricht* ■

Protest in unmittelbarer Nähe; Foto: Jens Thöricht



tische Bewegung und ihre Protestformen.

Die „*Demonstrationsfreiheit ist die Pressefreiheit des kleinen Mannes*" – deshalb müsse man auch Rechtspopulisten und Nazis gewähren lassen, wird geschrieben. Schon makaber dieser Satz: War es nicht einst so, dass demokratische und linke Kräfte diese Rechte durchsetzten und die Nazis sie wieder abschafften?

„Passiver Widerstand" ist hier keine Alternative, sondern schränkt die Protestformen ein. Rollläden runterlassen und sich abwenden führt auf Dauer zur Passivität und Ignoranz. Davon gibt's genug!

„*pro Köln*" und anderen Nazi-Gruppen geht es um Provokation und Hetze gegen demokratische Grundrechte. Dazu missbrauchen sie die Demonstrationsfreiheit. Warum sollen linke und demokratische Kräfte sie ignorieren? Nicht die linken Gegendemonstranten sind verantwortlich für den Polizeiaufmarsch in Kalk, sondern jene rechtsextremen Kräfte, die zu Hass und Zwietracht aufrufen und sich diesmal nicht den Menschen islamischen Glaubens zum Gegner erkoren haben, sondern Leute aus der Kölner Hausbesetzerszene. Der Polizeipräsident und der Kölner Stadt-Anzeiger tun so, als ob die Gegendemonstranten schuld seien, denn ohne diese wäre doch alles „*in einer halben Stunde erledigt*".

Nichts ist in einer halben Stunde erledigt, schon lange nicht „pro Köln", die mit ihren vielen Vorgängerorganisationen die Kölner Stadtgesellschaft schon seit 25 Jahren beschäftigt: Die nächsten rechtsextremen Aufmärsche stehen doch schon fest. Und sollen wir da auch wieder wegsehen und sie ignorieren?

Die Vorschläge von Polizeipräsident Albers und dem Kölner Stadt-Anzeiger sind schon ein politisches Armutszeugnis angesichts der Morde und Attentate der NSU. Noch immer ist unklar, wie der Staat auf diesen Terror reagieren soll. Ist es nicht eher so, dass der Protest und Widerstand gegen Rechtsextremismus in Deutschland viel zu schwach ist? Und da trampelt man noch auf Leuten rum, die Widerstand leisten, und erklärt sie zu Tätern. „pro Köln" hat nicht das Recht, gegen Menschen in der Stadtgesellschaft zu hetzen, ob das nun Roma, Juden, Muslime oder Hausbesetzer sind. Ignorieren und Wegschauen sind der falsche Weg.

Jörg Detjen ■

Dresden: Ein Nazi-Großaufmarsch weniger?

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird es am 18. (und 11.) Februar 2012 keinen Nazi-Großaufmarsch in Dresden geben. Wie zuletzt 2007 verzichten die Nazis auf den Aufmarsch an einem Wochenendtermin in der Nähe des 13. Februar. Dieser nationalsozialistische Rückzug ist Ergebnis entschlossener antifaschistischen Praxis.

Der Ton in der Naziszene wurde zuletzt rauer: die Konfusion über die Frage, ob denn nun am 18.2.2012 der Großaufmarsch der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) stattfinden wird, führte zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen und Anfeindungen. Die Informationslage stellt sich derzeit wie folgt dar:

1. Der stellvertretende JLO-Bundesführer und Versammlungsanmelder Kai Pfürstinger hat bekannt gegeben, dass keine Demonstration organisiert wird. Die existierende Anmeldung für den 18.2.2012 werde nach seiner Aussage nur noch aufrecht erhalten, um die antifaschistische Mobilisierung ins Leere laufen zu lassen. Eine öffentliche Zurücknahme der Anmeldung sei aus diesem Grund erst Anfang Februar geplant.

2. Das „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ (AgV) und dessen lokaler Hauptakteur Maik Müller verweigern öffentlich jede Verantwortung für den 18. Februar und verweisen ausschließlich an die JLO. Der eigene Arbeitsschwerpunkt sei lediglich der 13. Februar, für alles weitere habe man „ehrlich gesagt auch gar keine Zeit“.

3. Es gibt bis heute keine ernstzunehmende Nazimobilisierung für den 18. Februar 2012. Eine – möglicherweise die einzige – Ankündigung auf der lokalen Nazi-Homepage netzwerkmitte.com wurde Anfang Januar aus dem Net genommen, nachdem sich öffentlich beschwert wurde, dass zur Anmeldung keine weiteren Informationen zur Verfügung gestellt werden.

4. Für den 18. Februar 2012 wird bereits eine andere Veranstaltung beworben. Die Jungen Nationaldemokraten (JN) Leipzig laden an diesem Tag zu einer Faschingsfeier ein. In der JN Leipzig organisieren sich Teile der Struktur, die in den vergangenen Jahren unter anderem für den Ordnerdienst beim JLO-Großaufmarsch verantwortlich waren. Das demonstrative Wegbleiben zeigt, dass die JLO hier nicht mit Unterstützung rechnen kann.

5. Bereits vor zwei Jahren (13. Februar 2010) wurde deutlich, dass die JLO nicht in der Lage ist, auf kurzfristige, außergewöhnliche Situationen zu reagieren. Die Blockaden um den Startpunkt der Nazis am Bahnhof Dresden-Neustadt überforderten die Organisatoren und zeigten deren Handlungsunfähigkeit. Sie war darauf angewiesen, dass spontan Kader der sogenannten Freien Kräfte organisierend eingriffen und so ein völliges Chaos innerhalb der 6500 Nazis verhinderten.

6. Das im letzten Jahr (19. Februar 2011) gescheiterte Konzept mehrerer Aufmärsche wurde organisatorisch wesentlich durch „Freie Kräfte“ getragen. Im Nachhinein erklärten sie jedoch den offenen Bruch mit dem „Ein-Mann-Betrieb“ JLO. Das Aktionsbündnis gegen das Vergessen (AgV) schrieb in seiner Auswertung in Bezug auf die JLO: „Innerlich tote Scheinorganisationen aber, welche das Gedenken an die Toten unseres Volkes als letzte Existenzberechtigung missbrauchen, sind fehl am Platze!“ Das erklärte und auch umgesetzte Ziel war nun, die JLO aus der Organisation des Fackelmarsches am Abend des 13. Februar zu drängen.



7. Die NPD, die – zumindest theoretisch – ersatzweise organisierend einspringen könnte, kann und will sich keine Demonstration erlauben, bei der die ernstzunehmende Gefahr einer gewalttätigen Eskalation besteht.

Bilder von Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Polizei bzw. Gegendemonstrant_innen passen nicht zum propagierten Kurs der „seriösen Radikalität“. Hinzu kommt, dass auch hier die organisatorische Leistungsfähigkeit begrenzt ist. Die Umstrukturierung an der Bundesspitze, die desolate finanzielle Lage und ein drohendes Verbotsverfahren nehmen alle Aufmerksamkeit in Anspruch. In dieser Situation ist es für die NPD komfortabler auf die Demonstration des AgV am Abend des 13. Februars zu setzen.

Das sich ergebende Bild ist:

Die „Freien Kräfte“ wollen keine Demonstration am 18. und die JLO kann keine Demonstration am 18. organisieren. Die NPD hält sich zurück, taktiert und beteiligt sich dort, wo der Aufwand gering und der mediale Nutzen möglichst kalkulierbar ist. Auch wenn ein nicht geringes Potential der bundesdeutschen rechten Szene auf den Wochenendaufmarsch wartet, die bisher bekannte Großdemonstration fällt flach. Spontane Aktionen – sowohl in Dresden, als auch in anderen Städten – sind folgerichtig nicht ausgeschlossen, aber allenfalls in einem wesentlich kleineren Rahmen realistisch.

Der Rückzug der Nazis vom Wochenendtermin ist aber auch das Ergebnis der entschlossenen antifaschistischen Praxis in den vergangenen Jahren. Es ist das Ergebnis einer bundesweiten Mobilisierung, die mit Blockaden und dezentralen Aktionen den organisatorischen Aufwand für die Nazis enorm steigerte und den Aufmarsch der Nazis letztlich verhinderte. Diesen Erfolg kann sich nicht die Stadt Dresden und auch nicht der Freistaat Sachsen anheften, gegen deren Widerstand die Verhinderung des Naziaufmarsches durchgesetzt werden musste.

Trotz des Erfolges ist 2012 nicht gelaufen: Der Fackelmarsch in den Abendstunden des 13. Februars wird für die Naziszene weiter an Relevanz gewinnen. Bereits im letzten Jahr demonstrierten etwa 2000 Nazis abgeschirmt von tausenden Polizisten durch die Dresdner Südvorstadt. Die Stadt zieht sich mit der Menschenkette auf symbolisches Zeichensetzen zurück. Die schwarz-gelbe Staatsregierung setzt erneut auf die Einschränkung des Versammlungsrechts. Wie eh und je mauert die Stadtverwaltung in Bezug auf die Naziroute, um Proteste zu erschweren.

Auf dem Heidefriedhof werden Vertreter der demokratischen Parteien gemeinsam mit Nazis ein „würdevolles Gedenken“ begehen.

Ohne Frage, es gibt noch reichlich zu tun. Klar ist aber auch, unsere Antwort wird die richtige sein: Antifaschismus!

17.1.2012, Die Linke Sachsen ■

3. März in Münster

Breites Bündnis will den Nazis keinen Meter lassen

Für den 3. März 2012 kündigt die nordrhein-westfälische Nazi-Szene einen Aufmarsch in Münster an. Als Veranstalter werden im Internet die so genannten Nationalen Sozialisten Münster angegeben, eine ungefähr 10-köpfige Nazigruppe, die seit Ende 2009 im Münsterland durch die Verbreitung von NS-Propaganda auffällt. In Münster hat sich nun ein großes Bündnis gegründet, das Gegenaktivitäten vorbereitet.

An den Erfolg von 2006 anknüpfen

Seit Dezember beratschlagen VertreterInnen von Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen und religiösen Gruppen, antifaschistischen Initiativen und politischen Parteien, wie sie sich dem Naziaufmarsch entgegenstellen können. Sie haben sich nun unter dem Slogan "Keinen Meter den Nazis – Solidarisch gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung" zusammengeschlossen. "Unser Motto 'Keinen Meter' ist nicht bloß symbolisch gemeint. Wir wollen, dass die Nazis nicht durch Münster marschieren. Bereits 2006 wurden die Nazis durch Anwohner und Protestierende gestoppt", so eine Bündnissprecherin. Im Februar 2006 wollten Nazis um den Kölner Axel Reitz und den Anführer der militanten "Kameradschaft Hamm" Sascha Krolzig durch das Hansaviertel laufen. Mehrere hundert Menschen hatten die Straßen im Viertel besetzt. So endete der rechte Aufmarsch nach nur 200 Metern.

Aktionskonsens

Diesen erfolgreichen Protest will das Bündnis in diesem Jahr wiederholen. Dazu wurde ein Aktionskonsens beschlossen, in dem es heißt: „Um den Nazi-Aufmarsch zu verhindern, setzen wir auf das Mittel der Blockaden, an denen jeder und jede teilnehmen kann. Von uns wird dabei keine Gewalt ausgehen. …Wir lassen den Nazis keinen Meter!" Ziel ist eine gemeinsame Aktion, an der sich viele Menschen beteiligen können und die den Nazi-Aufmarsch effektiv verhindert. … „Wir rufen als Bündnis alle Münsteranerinnen und Münsteraner auf, gegen den Naziaufmarsch auf ihre Art und Weise aktiv zu werden. Viele Aktionen sind denkbar", so das „Keinen Meter"-Bündnis.

Nazi-Szene in Münster

Die Münsteraner Nazi-Szene hat es schwer in der Stadt öffentlich in Erscheinung zu treten. Mit dem Aufmarsch am 3. März will sich die Gruppe „Nationale Sozialisten Münster" etablieren. Ein erfolgreicher Marsch durch Münster soll der Szene Aufschwung bringen. Deswegen werden die Nazis aus dem Münsterland von erfahreneren Aktivisten vor allem aus Hamm unterstützt.…

„Wir wollen erst gar nicht, dass sich in Münster eine Nazi-Szene etabliert. Dort, wo sich Nazis erst einmal breit gemacht haben, stellen sie eine konkrete Gefahr für all jene dar, die nicht in ihr Weltbild passen", heißt es im Aufruf des „Keinen Meter"-Bündnis. Nicht nur die Morde der Zwickauer Terrorzelle zeigen, dass Nazi-Ideologie immer Terror und Gewalt heißt. Seit 1990 haben unabhängige Stellen, JournalistInnen und Opferberatungen, in Deutschland 182 Todesopfer rechter Gewalt gezählt. Jeden Tag werden Menschen aus rassistischen und rechten Motiven geschlagen, erniedrigt und bedroht. … Auf staatliche Stellen alleine kann man sich im Kampf gegen die Nazi-Bedrohung nicht verlassen, so das Bündnis. Das haben jüngst die Ereignisse um die rechtsterroristische NSU gezeigt. … „Mit unserem Aktionskonzept wollen wir möglichst vielen Menschen einen erfolgversprechenden Protest bieten, der den Naziaufmarsch verhindert", so eine Bündnissprecherin.

Am 4. Februar will das Bündnis sein Konzept mit einer Veranstaltung im Paul-Gerhardt-Haus in Münster vorstellen. Zu dieser Veranstaltung lädt das Bündnis „Keinen Meter den Nazis" alle interessierten Einzelpersonen und Gruppen ein.

Weitere Informationen gibt es auf der Homepage www.keinenmeter.de.ms



Naziaufmarsch in Mühldorf

MÜHLDORF AM INN. 60 Neonazis nehmen an einem kurzfristig bekanntgewordenen Aufmarsch des bayernweiten Kameradschaftsdachverbands „Freies Netz Süd" (FNS) teil. Vor dem Stadtplatz wird der Aufmarsch durch zwei Blockaden aufgehalten und verhindert.

Die Aufmarschierenden sind aus ganz Bayern (mit Ausnahme der Oberpfalz) und aus dem österreichischen Braunau angereist, unter anderem die „Anführer" des FNS, Norman Kempken (Nürnberg) und Matthias Fischer (Fürth) sowie die bekannten Aktivist_innen des FNS, Heiko Schiederer („Freie Kräfte Straubing"), Martin Aas und Michael Kastner („Freie Kräfte Plattling"). Stefan Willy Reiche, Felix S. (beide „Jagdstaffel D.S.T."), Karl-Heinz Statzberger („Kameradschaft München"), Martin Wiese („Kameradschaft Geisenhausen„) und Vanessa Becker („Bürgerinitiative Ausländerstopp München") kommen mit einem Dutzend weiterer Teilnehmenden gemeinsam mit dem Regionalzug aus München. Als Rechtsterrorist Karl-Heinz Statzberger eine Rede hält, steht Martin Wiese nur wenige Schritte von seinem ehemaligen Mittäter entfernt, zu dem er keinen Kontakt aufnehmen darf. Rainer Biller, eben wegen Menschenverachtung selbst aus der bayerischen NPD geflogen, läuft zeitweise in der zweiten Reihe mit. Uwe Brunke (Traunstein/Bergen), einer der führenden NPD-Aktivisten der Region, stört sich offensichtlich nicht dran.

Neonazis aus dem FNS tragen das Transparent „Kriminelle Ausländer raus!", das von der NPD-Liste „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) aus München stammt. Die anderen gezeigten Banner sind Transparente des FNS und seiner Mitgliedsgruppen: „Das System ist am Ende. Tragt dieses korrupte System endlich zu Grabe – Freies Netz Süd",

Drastische Verschärfungen in der Ausländerpolitik

Wahlkampf mit schmutzigen Mitteln in Frankreich

Das nennt man eine koordinierte Offensive. Frankreichs rechter Innenminister Claude Guéant, eiskalte Verkörperung der „Staatsraison“ und des notfalls auch über Leichen gehenden politischen Kalküls, übt sich in einem demonstrativen Rundumschlag. Alles, was nach „Ausländern“ aussieht, kommt an die Reihe: Einbürgerungen, „Ausländerkriminalität“, Antragsteller/innen für Aufenthaltstitel – und demnächst auch Asylsuchende. Offenkundig legt die konservativ-wirtschaftsliberale Regierungspartei UMP im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April, Mai und Juni dieses Jahres Wert darauf, für die rechtsextreme Wählerschaft attraktiv zu bleiben. Dass dies Wähler/innen nicht abhalten dürfte, doch lieber gleich für Marine Le Pen zu stimmen, steht auf einem anderen Blatt.

Abschiebezahlen: Plansoll übererfüllt, Plansoll wird heraufgesetzt

Ein „noch nie erreichtes Resultat“, also ein quasi historisches Ergebnis, nannte Claude Guéant bei einer Pressekonferenz am 10. Januar 12 zur Vorstellung seiner „Bilanz“ die Abschiebezahlen für das Jahr 2011. In seiner zweiten Amtszeit als damaliger französischer Innenminister (von Juni 2005 bis kurz vor der Präsidentschaftswahl im April/Mai 2007) hatte Nicolas Sarkozy zum ersten Mal jährlich vorher festzulegende Abschiebezahlen definiert. Damals legte er für das laufende Jahr 2005 eine zu erreichende Zahl von 23 000 abzuschiebenden Einwandern fest; im Jahr zuvor waren es, ausweislich der amtlichen Statistik, noch 16 000 gewesen. Im ersten Jahr dieser von Kritiker/inne/n so bezeichneten ‚politique du chiffre’ (Politik nach Zahlenvorgaben), 2005, wurde das Ziel jedoch nicht gänzlich erreicht. Die Zielvorgabe wurde unterschritten, und rund 20 000 Abschiebemabnahmen wurden real durchgeführt.

Doch seitdem haben sich die Zeiten gründlich geändert. Jährlich wurde die zu erreichende Zahl von Abgeschoben zusätzlich angehoben: 25 000, 26 000… Sobald Nicolas Sarkozy im Mai 2007 zum Staatsoberhaupt gewählt worden war, wurden diese Planzahlen zum Staatsziel erklärt. Präsident Sarkozy schrieb sie seinen „Ministern für Einwanderung und nationale Identität“, so lange dieses Ministerium existierte (Brice Hortefeux, Eric Besson) – und nach dessen Abschaffung vor einem Jahr seinem Innenminister Claude Guéant – in ihre Aufgabendefinition hinein.

Im zurückliegenden Jahr 2011 wurde erstmals die Zielvorgabe, welche selbst auf einem Rekordniveau lag (28 000 Abschiebungen im laufenden Jahr), übertroffen. Dies behauptete jedenfalls Minister Claude Guéant anlässlich seiner Pressekonferenz vom 10. Januar. Demnach waren 28 000 „Rückführungen“ vorab geplant, jedoch 32 922 real durchgeführt. Dieser zahlenmäßige Rekord erklärt sich u.a. aus der kurzzeitigen verstärkten Wanderungsbewegung aus Tunesien im Februar/März 2011 (nachdem dort die polizeistaatliche Grenzkontrolle nach dem Sturz der alten Diktatur von Präsident Ben Ali zurückging) in Richtung Italien/Frankreich, und den staatlichen Antworten darauf. Über 5000 Tunesier wurden in diesem Zusammenhang allein im Jahr 2011 aus Frankreich abgeschoben. Laut der auf „Innere Sicherheitspolitik“ spezialisierten Publikation Les Cahiers de la sécurité war im zurückliegenden Jahr die Zahl an der italienisch-französischen Grenze aufgegriffenen Tunesier gegenüber dem Vorjahr 2010 (also dem Jahr vor den Umbrüchen in Nordafrika) um 1789 % gestiegen, hatte sich also fast verzwanzigfacht.

Im kommenden Jahr ist nicht damit zu rechnen, dass diese – einer besonderen historischen Situation geschuldeten – Voraussetzungen sich in ähnlicher Weise wiederholen. Dennoch setzte Claude Guéant bei seiner Pressekonferenz gleich eine noch „ehrgeizigere“ Zielmarke fest: 35 000 Abschiebungen sollen im laufenden Jahr 2012 durchgeführt werden, tönte er.

Gleichzeitig sank die Anzahl der erteilten „ersten Aufenthaltserlaubnis“ auf französischem Boden insgesamt - eine Gesamtmenge, die für ein bis drei Jahre einreisende ausländische Studierende ebenso umfasst wie Antragsberechtigte auf Familienzusammenführung und Asylsuchende – von 189 455 im vorletzten Jahr, auf noch 182 595 im zurückliegenden Jahr. Als Zielsetzung gab Claude Guéant aus, in naher Zukunft auf

---

Fortsetzung von Seite 9

„Wir kämpfen für Euch – KS München – Freies Netz Süd“ und das Fronttransparent „Asylbewerber in Mühldorf? Wir sagen Nein – Freies Netz Süd“. Die Aktivist_innen um ein Lautsprecherfahrzeug aus dem Landkreis Altötting zeigen zudem zwei schwarz-weiß-rote „Reichsfahnen“ und eine ganze Reihe schwarzer Flaggen mit aufgeschriebenem Ortsbezug: Altötting, Straubing, Schwabmünchen, Nürnberg, Fürth, München, Niederbayern und Geisenhausen.

Die FNS-Aktivisten Sebastian Schmaus (Nürnberg), Kai-Andreas Zimmermann (Fürth) und Lorenz M. (Miesbach) sind als Trio für die „Anti-Antifa-Arbeit“, das Bedrängen, Filmen und Fotografieren politischer Gegner_innen und Journalist_innen zuständig. Als Anmelder treten der Ottobrunner Neonazi Norman Bordin und der nach Angaben der Lokalmedien aus Teising (Lkr. Altötting) stammende NPD-Funktionär Roy Asmuß gemeinsam auf. Asmuß, langjähriger Vorsitzender des NPD-Kreisverbands von Altötting und auf fast jeder FNS-Demo anwesend, wird als lokaler Vertreteter der „Freien Strukturen“ vorgestellt, er ist auch verantwortlich im Sinne des Presserechts für die verteilten Flugblätter.

Die Demo-Anmeldung unter dem Motto „Kriminelle Ausländer raus!“ wird im Vorfeld von den Neonazis geheimgehalten und vom Landratsamt zunächst auch verschwiegen. Nachdem die antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a. e. V.) das neonazistische Aufmarschvorhaben im Laufe der Woche öffentlich macht, organisieren antifaschistische Initiativen, Jugendgruppen und SPD-Gliederungen rasch Proteste, an denen sich trotz der knappen Mobilisierungszeit fast 500 Menschen beteiligen.

So gerät der vor allem gegen das jüngst eröffnete Mühldorfer Asylbewerber_innenheim gerichtete Aufmarsch für die Neonazis zu einem Fiasko: Sie ziehen zwar zunächst um 13.00 Uhr vom Bahnhof noch die kurze Strecke über den Stadtberg zum „Münchner Tor“. Eine Sitzblockade stoppt den Neonazizug noch vor dem Stadttor. Der Weg zum Stadtplatz, wo die Neonazis eine Zwischenkundgebung planen, ist somit versperrt. Eine spontan zusätzlich gebildete antifaschistische Blockade verhindert ein Ausweichen der Neonazis.

Neonazis um Roy Asmuß und den oberbayerischen FNS-Führungskader Martin Wiese wollen ausbrechen. Polizeibeamt_innen unterbinden den Versuch und brechen aus Sicherheitsgründen den Naziaufmarsch ab. Es folgt ein kurzer Rückmarsch (bei dem nicht wie geplant eine Route am Asylbewerber_innenheim vorbei genommen wird) und eine Kundgebung von 16.00 bis 16.30 Uhr am Bahnhof, wo Matthias Fischer und Asmuß zu den Versammelten sprechen.

a.i.d.a ■

150 000 pro Jahr zurückzugehen. (Marine Le Pen, welche als Zielperspektive „10 000“ angibt, wird er dadurch freilich noch keine ernsthafte Konkurrenz bereiten können.)

Einbürgerungen: „historisches Tief“

Am 11. Januar 12 machte die liberale Pariser Abendzeitung Le Monde mit folgender Titelschlagzeile auf: „Die Regierung zeigt einen historischen Rückgang der Einbürgerungszahlen an.“ Die jüngst erfolgte Verschärfung der Einbürgerungskriterien (was u.a. die schwammige Erfordernis der „Integration in die französische Gesellschaft“ betrifft) schlug sich im zurückliegenden Jahr in einem drastischen Rückgang der positiv entschiedenen Anträge auf Einbürgerung nieder. Deren Anzahl fiel von 94 500 im Jahr 2010, auf nurmehr 66 000 im Jahr 2011. Dies entspricht einer Absenkung um rund 30 Prozent.

Neues Kampagnenziel: „Ausländerkriminalität“

Unterdessen hat die Regierung eine neue Offensive zum Thema „kriminelle Ausländer“ angekündigt. Schon im Dezember 11 hatte Claude Guéant neue Sondergesetze gegen „straffällige Ausländer“ angekündigt: Diese sollten, falls sie „erst seit kurzem sich in Frankreich“ aufhalten und „keine engeren familiären Beziehungen“, bei Vergehen oder Verbrechen mit Abschiebung bestraft werden können. Bei seiner Pressekonferenz kam Claude Guéant auf dieses Thema zurück. Am selben Vormittag hatte er auch in einem Rundfunkinterview behauptet, „unter den ausländischen Bevölkerungen“ sei die Kriminalitätsrate „zwei bis drei mal höher“ als unter den einheimischen.

Nicolas Sarkozy hatte, um eine „gemäbigte“ Facette seiner Politik zu präsentieren, im Jahr 2003 die so genannte „Doppelstrafe“ (double peine) teilweise abgeschafft. Letztere bestand darin, dass in Frankreich straffällige ausländische Staatsbürger auf andere Weise als französische bestraft wurden, nämlich zusätzlich zu einer Haftstrafe (und in ihrem Anschluss) auch noch durch Abschiebung. Nunmehr soll diese „doppelte Strafandrohung“ offenkundig erneut eingeführt werden, so fordern es jedenfalls Teile der Regierungspartei UMP lautstark.

Ausländische Studierende

Besonders viele Schlagzeilen machte jedoch in den letzten Wochen und Monaten die Situation der ausländischen Studierenden. Dafür sorgte eine ‚circulaire‘ (ein ministerielles „Rundschreiben“ an die Untergebenen in den Verwaltungen, eine ministerielle Verordnung für die Ausländerbehörden) aus dem Hause Claude Guéants vom 31. Mai 2011. Dieses Dokument wurde ab dem Spätherbst 2011 breiteren Teilen der Öffentlichkeit bekannt.

Es bewirkt eine erhebliche Verschärfung für die ausländischen Studierenden, was deren Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft. Dieser war erst „soeben“, d.h. vor fünf Jahren - mit dem Inkrafttreten des Ausländergesetzes „Sarkozy II“ vom 24. Juli 2006 – erleichtert worden. Das Gesetz „Sarkozy II“ erlaubte es ausländischen Studierenden, die ein gewisses Niveau (Master/Bachelor) erreicht haben, unter gewissen Voraussetzungen eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Zu den Bedingungen zählen das Niveau des erzielten Abschlusses, eine erwünschte Arbeitsaufnahme auf demselben Gebiet wie die Studienfachrichtung, und ein Mindest-Einkommensniveau (ab dem Anderthalbfachen des gesetzlichen Mindestlohns, d.h. ab circa 1500 Euro netto monatlich). In den Jahren zuvor war die oft schwierige Situation ausländischer Studierenden, die über ihren Abschluss hinaus vorübergehend in Frankreich bleiben möchten, Gegenstand von heftiger Kritik auch aus den politischen und wirtschaftlichen Eliten heraus gewesen. Die rigiden ausländerrechtlichen Bestimmungen, die eine Verlängerung des Aufenthalts oft verhinderten respektive „illegalisierten“, sorgten für Verstimmung: Während etwa Briten und US-Amerikaner es verstünden, die internationalen „Eliten von morgen“ anzuziehen und (auch im Hinblick auf deren spätere Rückkehr in ihre Herkunftsländer) in positiver Verbindung mit ihnen zu bleiben, dominiere in Frankreich die Abschreckung. Auf diese Weise ängstlich die Türen zu verrammeln, schade jedoch der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft, die es nicht vermöge, eine Anziehungskraft auf „die Köpfe“ weltweit auszuüben. So lautete die wirtschaftsliberale Kritik, die sich auf diesem Gebiet zur humanistischen oder antirassistischen Kritik hinzu gesellte. Das unfreiwillige Zusammenwirken von beiden bewirkte im Jahr 2006 die Veränderung, welche ausländischen Studierenden das Sammeln einer ersten Berufserfahrung in Frankreich (oder eine sonstige Verlängerung ihres Aufenthalts) erheblich erleichterte.

Claude Guéant vollzog nun eine drastische Wende rückwärts. Die Erlaubnis zur Arbeitsaufnahme für ausländische Studierende oder Absolventen wurde faktisch zur Ausnahme erklärt. Ausländischen Antragsteller/inne/n, die in französischen Hochschulen studiert hatten, solle „die Arbeitsmarktsituation entgegen gehalten“ werden können. Dies bedeutete, dass an eine vorübergehende oder längerfristige Arbeitserlaubnis überhaupt nur dann zu denken ist, wenn keine französischen oder EU-Staatsbürger/innen sich auf demselben Sektor um Stellen bewerben. Oder nicht in genügender Zahl, also nur, wenn die Anzahl der zu besetzenden Stellen jene der sich darum bewerbenden Franzosen und EU-Bürger/innen überschreitet.

Die neue Maßnahme verhinderte seit dem Sommer 2011 eine Jobaufnahme oder Arbeitserfahrung für viele ausländische Studierende. Und zwar gleichgültig, ob es sich um US-Amerikaner und Kanadierinnen handelte oder um Algerierinnen und Afrikaner aus subsaharischen Ländern. Dies erleichterte es sicherlich, Solidarität zu organisieren, zumal auch viele Unternehmen die neuen Regelungen als absurd betrachteten. Ab Oktober 2011 kam es (erstmals auf dem Vorplatz der Sorbonne) zu mehreren Kundgebungen, und Betroffene organisierten sich in einem „Komitee des 31. Mai“.

Daraufhin kündigte die Regierung an, Ballast abzuwerfen: Die Arbeitsaufnahme solle für Studierende „mit hohem Potenzial“, also die Spitzenkräfte und die Leistungselite unter ihnen, doch wieder erleichtert werden. Am Montag, den 16. Januar 2012 publizierte das Innenministerium nunmehr eine neue Verordnung, welche die alte zum Teil abändert. Allerdings bleibt diese reichlich vage; sie sieht lediglich Ausnahmen für die genannten Wunschkandidaten als Kann-Regel (also ohne jegliche Garantie oder Rechtsanspruch) vor. Spezialisten wie der Juriste Serge Slama betrachten die neue Zusatzverordnung denn auch tendenziell als einen Schwung heißer Luft. Sie sprechen davon, dass die erfolgte Abänderungen einigen Hundert Personen – Spezialisten auf ihrem Gebiet – nutzen werde. Die Mobilisierung wird jedoch weitergehen. Die französische Studierendengewerkschaft UNEF möchte jetzt vor diesem Hintergrund zu einem Kongress der ausländischen Studierenden mobilisieren.

Parallel dazu hat die Regierung unter Innenminister Claude Guéant jedoch eine andere drastische Verschärfung durchgedrückt. Die Gebühr für ausländische Studierende, die einen Aufenthaltstitel beantragen, wuchs explosionsartig an: Im Durchschnitt steigt sie um das Sechsfache.

Bislang mussten ausländische Studierende für die Erneuerung ihrer (i.d.R. jährlich erteilten) Aufenthaltserlaubnis zwischen 55 und 70 Euro berappen. Nunmehr kostet es hingegen eine Steuer in Höhe von 200 bis 385 Euro – wenn der Aufenthaltstitel erteilt wird. Doch dies noch nicht alles. Hinzu kommt nun nämlich noch eine weitere, spezielle Gebühr von 110 Euro (pro Antrag), die in jedem Falle erhoben und auch dann einbehalten wird, falls der Antrag abschlägig beschieden wird. Jedenfalls für ärmere ausländische Studierende wird dadurch der Gang zur Ausländerbehörde erheblich erschwert. Die marokkanische Internetzeitung Yabiladi spricht in diesem Zusammenhang vom Ausdruck „einer Obsession, einer Neurose“ seitens der Regierung, die sich im Umgang mit ausländischen Staatsbürger/inne/n manifestiere.

Überfallartige Abschiebung nach Armenien

MUNSTER. Duldung beendet: 23-jährige Munsteranerin und ihr Bruder werden um 5 Uhr morgens aus dem Schlaf gerissen. Verängstigt und aufgelöst klingt Emma Hovhannisyan am Telefon. Sie sitzt in einem Bus nach Frankfurt. An ihrer Seite ihr Bruder. Beide sollen abgeschoben werden. Das Flugzeug der Transaero Airlines startet um 15 Uhr, fliegt über Moskau in den Kaukasus nach Armenien. Eineinhalb Stunden sind es noch bis dahin. „Ich habe extreme Angst", sagt die 23-Jährige aus Munster. Der Albtraum beginnt für die jungen Leute am frühen Mittwochmorgen. Um 5 Uhr stehen Polizisten vor der Haustür am Wittekindgrund in Munster. Die seit Jahren drohende Abschiebung – jetzt ist sie angeordnet, die Duldung aufgehoben. Die 23-jährige Emma und ihren 27-jährigen Bruder treffen die Beamten an. „Wir durften nur das Nötigste einpacken", schildert die Munsteranerin das Vorgehen. Seit 18 Jahren sind sie in Deutschland. „Ich bin hier groß geworden. Hier bin ich zu Hause."

Flüchtlingsrat Niedersachsen 19.1.2012 ■

Proteste im Landkreis Cuxhaven

Im Landkreis Cuxhaven rumort es: Die Samtgemeinde Hadeln steht Kopf und protestiert gemeinsam mit dem AK Asyl und vielen weiteren Verbündeten gegen die Abschiebung der Familie Meta). Nachfolgend dokumentieren wir die Begründung eines Resolutionsentwurfs für den Samtgemeinderat Land Hadeln zum Fall der am 7. Dezember 2011 aus dem Landkreis Cuxhaven abgeschobenen Roma-Familie Meta:

Der Samtgemeinderat Land Hadeln möge beschließen:

1. Die Samtgemeinde Land Hadeln bittet den Landkreis Cuxhaven, die Landesregierung und die Bundesregierung, die bisherige Abschiebepraxis bei Roma und Ashkali zu überprüfen.

2. Die zum Jahresende 2011 ausgelaufene Bleiberechtsregelung bezogen auf einen festen Stichtag sollte um eine fortlaufende Regelung ergänzt werden, die ab einer gewissen Aufenthaltsdauer den Flüchtlingen die Möglichkeit auf ein Bleiberecht gibt. Soziale und humanitäre Gesichtspunkte müssten im Rahmen einer Sozialklausel insbesondere bei kranken und traumatisierten Menschen berücksichtigt werden; Familien mit schulpflichtigen Kindern muss die Chance gegeben werden, die Kinder ihre Ausbildungen abschließen zu lassen.

3. Familien dürfen nicht auseinandergerissen werden. Abschiebungstermine müssen vorher angekündigt werden, um den betroffenen Gelegenheit zu geben, ihre Sachen zu packen und sich von ihren Freundinnen und Freunden zu verabschieden.

4. Aufgrund der geschichtlichen Verantwortung Deutschlands muss für langjährig hier lebende Roma-Flüchtlinge ein sicherer Aufenthalt ermöglicht werden.

5. Der Samtgemeinde Rat Land Hadeln bittet die Landesregierung die Situation der Familie Meta erneut zu prüfen und unter Berücksichtigung des etwa 10-jährigen Aufenthalts sowie der erbrachten Integrationsleistungen – wie im Falle der Familie Nguyen – der Wiedereinreise nach § 22 AufenthG zuzustimmen.

Begründung:

Mit Bestürzung mussten wir erfahren, dass in der Nacht auf den 7. Dezember 2011 eine gut integrierte Familie aus dem Kosovo in einer buchstäblichen „Nacht und Nebel-Aktion" aus ihrer Wohnung gerissen und abgeschoben wurde. Eine Familie mit 6 Kindern, das jüngste nur 8 Jahre alt, erlebte einen Albtraum – gleich einer Entführung –, der in einer fremden und chancenlosen Umgebung eine harte, reale Fortsetzung nimmt. …

Dass die niedersächsiche Härtefallkommission den Antrag der Familie abgelehnt hat, in ihrem Fall eine besondere Härte zu sehen, ist für viele Menschen nicht verständlich. Ähnlich sachlich und anscheinend nur nach bürokratischen Vorgabemustern behandelt, wurden leider schon zahlreiche Anträge von der Kommission abgelehnt. ...

Der Rat der Samtgemeinde Land Hadeln kann dieses voreilige Vorgehen nicht nachvollziehen.

Sinti und Roma mussten um ihre Anerkennung als Verfolgte des Naziregimes kämpfen, obwohl ihre Verfolgung und massenhafte Ermordung als „rassisch minderwertiges Leben" zwischen 1933 und 1945 nicht bezweifelt werden kann. …

Etwa 20 000 der geflüchteten Roma leben heute in Deutschland, davon ca. 5000 in Niedersachsen – fast alle jedoch nur mit einer Duldung. Bis November 2008 hat die UN-Verwaltung in Kosovo (UNMIK) Abschiebungen von Roma und Serben ins Kosovo verhindert. Im Jahr 2009 hat sich die neue kosovarische Regierung unter politischem Druck aus Deutschland und anderen europäischen Staaten in einem „Rücknahme-Abkommen" bereit erklärt, auch Roma-Flüchtlinge „zurückzunehmen". Es steht zu befürchten, dass diese Zusage von deutscher Seite benutzt werden soll, um viele der geduldeten Roma abzuschieben.

Es ist unglaubwürdig, wenn wir zwar den faschistischen Völkermord an Sinti und Roma als Verbrechen brandmarken, – im Bundestag wird jedes Jahr im Dezember an dieses Verbrechen erinnert – den Roma jedoch gleichzeitig unseren vorbehaltlosen Schutz verweigern. Ein Leben in Sicherheit und Würde ist im Kosovo für Roma praktisch unmöglich – daher muss Roma-Flüchtlingen ein sicherer Aufenthalt in Deutschland möglich sein.

Flüchtlingsrat Niedersachsen – 19.1.2012 ■

Bundesweite Mailingliste gegen drohende Abschiebungen

Liebe Aktive im Kampf gegen Abschiebungen und die, die es werden möchten! Im Falle einer drohenden Abschiebung bedarf es schnellen Handelns – dies ist nur mit einer guten Vernetzung aller Beteiligten möglich. Als Ergebnis des Workshops „Wie UnterstützerInnen Abschiebungen verhindern können", der im Rahmen der No Border Lasts Forever 2 – Konferenz in Frankfurt a.M. stattfand, entstand die Idee einer bundesweiten Mailingliste, über die im Falle einer drohenden Abschiebung Menschen in ganz Deutschland (und darüber hinaus?!) alarmiert und aktiv werden können.

Doch nicht nur diejenigen, die in der Nähe der Abschiebeflughäfen wohnen, können unterstützen, um gegen die menschenunwürdige Abschiebepraxis vorzugehen!

Alle können helfen!

Es ist nicht notwendig, direkt vor Ort zu sein, um dabei zu helfen, eine Abschiebung aufzuhalten. Auch per Telefon, Fax und e-Mail kann Druck bei Flughafenbetreibern, Fluggesellschaften, Behörden etc. erzeugt werden – können die Verantwortlichen so lange genervt werden, bis sie sich das mit der Abschiebung nochmal überlegen.

Deshalb ist die Website nodeportation.antira.info derzeit im Aufbau. Hier sammeln wir sämtliche Kontaktadressen, damit z.B. auch Menschen aus Norddeutschland bei einer bevorstehenden Abschiebung am Frankfurter Flughafen protestieren können. Dazu benötigen wir aber Eure Mithilfe! Sendet uns alle Euch bekannten relevanten Kontaktadressen an nodeportation@antira.info, damit wir auf dem Blog eine möglichst umfassende Liste erstellen können, auf die alle aktiven Gruppen und Einzelpersonen bei akutem Abschiebealarm zurückgreifen können!

Der bundesweite Abschiebealarm!

abschiebealarm@antira.info lautet die neue, moderierte Mailingliste. Im Falle

einer drohenden Abschiebung können Betroffene, ihre Angehörigen, FreundInnen und UnterstützerInnen alle notwendigen Informationen an den Verteiler schicken um bundesweite Unterstützung und Öffentlichkeit für die/den BetroffeneN zu erzeugen – sofern diese das wünschen.

Folgende Infos sind nötig: Namen der Betroffenen, eventuell einen _knappen_ Abriss zu ihrer Geschichte, geplantes Abschiebedatum, Abflug- und Zielort und wenn möglich Fluglinie und Flugnummer. Im besten Fall nutzt ihr die bereitstehenden Textvorlagen und sendet einen fertig formulierten Text als pdf über die Liste, so dass für alle faxen möglichst einfach wird. Mittels der Kontaktadressen-Liste auf nodeportation.antira.info können nun Menschen von überall her beginnen, die jeweiligen Instanzen so lange zu nerven, bis diese im besten Fall von einer Abschiebung absehen. Dafür ist es wichtig, dass sich so viele Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen wie möglich in den Abschiebealarm-Verteiler eintragen. Dies geht über folgenden Link: https://lists.antira.info/listinfo/abschiebealarm

Keine Angst: Da der Verteiler moderiert wird, erhaltet Ihr nur die wesentlichen Informationen. Dieser Verteiler ist als Ergänzung zu bereits bestehenden regionalen Netzwerken und anderen Verteilern gedacht und soll daher nicht für Planungen und Veranstaltungsankündigungen genutzt werden. Eine Masse an nervigen Mails, Anrufen und Faxen sollen schließlich nur die Verantwortlichen für die Abschiebungen bekommen!

Nur gemeinsam sind wir stark!

Nur eine große Menge an UnterstützerInnen kann es möglich machen, Menschen vor einer drohenden Abschiebung zu bewahren! Nur wenn so viele Menschen wie möglich davon erfahren und mitmachen, können wir etwas erreichen. Deshalb leitet diese Mail bitte an alle Euch bekannten Gruppen, Initiativen und interessierten Einzelpersonen weiter. Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen. Bei Abschiebungen drohen den betroffenen Personen nicht selten Gewalt und Armut im Ankunftsland – das können wir nicht zulassen! Helft uns, eine überregionale Vernetzung gegen Abschiebungen möglich zu machen. Tragt euch in den Verteiler ein, leitet diese e-Mail weiter und engagiert euch natürlich auch weiterhin lokal! Liste zum Eintragen: https://lists.antira.info/listinfo/abschiebealarm

http://www.asyl.org/mailman/listinfo/flucht — nodeportation@antira.info

Gegen die menschenunwürdige Aus-Lagerung von Flüchtlingen!

Seit Herbst 2006 werden in Hamburg ankommende Flüchtlinge für die ersten drei Monate im Lager Nostorf/Horst untergebracht, weit vor den Toren Hamburgs mitten zwischen Wiesen und Wäldern. Grundlage ist ein Vertrag mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern, das dieses Lager auch als Erstaufnahmeeinrichtung sowie als Landesgemeinschaftsunterkunft nutzt. Zahlreiche Proteste von Flüchtlingen vor allem gegen die isolierte Lage, die unzureichende Beratung, die mangelhafte medizinische Versorgung und den Ausschluss vom Schulbesuch haben bereits für Negativschlagzeilen gesorgt.

Eigentlich sollte die Nutzung dieses Lagers längst Geschichte sein. Die schwarz-grüne Koalition in Hamburg war Anfang 2011 übereingekommen, den Vertrag Ende 2012 auslaufen zu lassen und künftig wieder alle Flüchtlinge in der Hansestadt selber unterzubringen. Auch aus der damals noch oppositionellen SPD war Kritik am Lager Horst zu hören.

Doch der jetzt SPD-geführte Senat denkt offenbar anders und will die Unterbringung fortsetzen. Es laufen Gespräche mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern, das den Vertrag einseitig gekündigt hat, über die weitere Nutzung von Nostorf/Horst. Angesichts der Flüchtlingszahlen könne man nicht auf das Lager verzichten, so Ausländerbehördensprecher Norbert Smekal. Angeblich seien keine ausreichenden Unterbringungskapazitäten in Hamburg vorhanden.

Die Behörde habe „Alternativen geprüft“ – die Frage ist: Welche? Seit Jahren wird die dezentrale Unterbringung von den Hamburger Regierungsparteien immer wieder mit dem Hinweis auf die mangelnde Verfügbarkeit von Wohnungen und fehlende finanzielle Mittel abgewiesen.

Aber für die menschenunwürdige Unterbringung im Lager Horst ist der Hamburger Senat bereit, auch mehr als die 2010 gezahlten 1,3 Millionen Euro an Mecklenburg-Vorpommern zu zahlen. Und als „Lösung“ für die Umsetzung der Schulpflicht ist die Einrichtung einer Lagerschule im Gespräch. Damit würde die Isolation der Flüchtlinge bewusst verstärkt und ihre Ausgrenzung und Entrechtung fortgesetzt.

Gemeinsam mit zahlreichen anderen Gruppen aus Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ruft der Hamburger Flüchtlingsrat am 14.1.2012 zur Kundgebung vor dem Lager Nostorf-Horst auf, um sich dieser Politik mit folgenden Forderungen entgegen zu stellen:

◆ Stopp der Verhandlungen über eine Fortführung der Unterbringung Hamburger Flüchtlinge in Nostorf/Horst! Stattdessen dezentrale Unterbringung in Hamburg!

◆ Sofortige Schließung der Landesgemeinschaftsunterkunft Nostorf/Horst für Flüchtlinge aus Mecklenburg-Vorpommern!

◆ Alle auf Mecklenburg-Vorpommern verteilten Menschen müssen spätestens nach dreimonatiger Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme Wohnungen erhalten, in denen sie nicht isoliert, perspektivlos und unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen!

Darüber hinaus fordern wir für alle Menschen ein Leben ohne Lager, Zäune und Grenzen:

◆ Wohnungen statt Lager!

◆ Bewegungsfreiheit und freie Wahl des Wohnortes!

◆ Bleiberecht und gleiche Rechte für alle!

Quelle: Flüchtlingsrat Hamburg e.V. Pressemitteilung vom 10.1.2012

Berechnungen der Bundesregierung entbehren jeder Grundlage

„Die von der Bundesregierung kalkulierte Zahl von 300 Asylverfahren pro Jahr am neuen Berliner Flughafen Willy Brandt sind allein dazu da, das Festhalten am inhumanen Flughafenasylverfahren begründen zu können“ so Ulla Jelpke zur Antwort der Bundesregierung (17/8042) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Das Schnellverfahren für Asylsuchende, die über einen internationalen Flughafen nach Deutschland einreisen, ist mit dem Schutzgedanken des internationalen Flüchtlingsrechts nicht vereinbar. Es ist auch für die Flüchtlinge nicht nachvollziehbar, warum sie nach der Ankunft an einem deutschen Flughafen erst in einem Gefängnis landen und man ihnen dann eröffnet, dass sie sich außerdem noch gar nicht in Deutschland befinden. Dieser bürokratische Irrsinn auf Kosten der Asylsuchenden muss endlich ein Ende haben. Stattdessen unternimmt die Bundesregierung alles, um auf europäischer Ebene die Rechtsgrundlagen für das Asylschnellverfahren am Flughafen zu erhalten. Die EU-Kommission hatte in ihrem ursprünglichen Vorschlag zur Neufassung der EU-Asylverfahrensrichtlinie die Rechtsgrundlage für die Inhaftierung Asylsuchender bei der Einreise einschränken wollen. Die Bundesregierung räumt in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage (Frage 19) selbst ein, dass sie auf das Land Brandenburg ausgeübt hat, die entsprechenden Hafteinrichtungen am Flughafen zu errichten.“

Berlin, den 10. Januar 2011

Anders Breivik – ein neuer Karl Martell?

Reaktionen der extremen Rechten nach den Anschlägen in NorwegenDistanzieren Leugnen Drohen.



Rezension des Buches von Bernhard Schmid: Distanzieren Leugnen Drohen. Die europäische extreme Rechte nach Oslo, Münster 2011

Die Attentate in Norwegen waren die schlimmste Gewalttat nach den von extremen Rechten begangenen Anschlägen von Bologna im Jahre 1980. Bernhard Schmid arbeitet die ideologische Verantwortung von Parteien und Theorieorganen der extremen Rechten heraus und fragt nach deren Reaktionen auf die Morde von Oslo und Utöya.

Bei einem Bombenattentat im Regierungsviertel von Oslo und einem Massaker in einem Ferienlager der sozialdemokratischen Regierungspartei auf der in der Nähe der Hauptstadt gelegenen Insel Utöya wurden insgesamt 93 Menschen getötet. Gegen 15.20h Ortszeit erschütterte eine gewaltige Explosion das Regierungsviertel. Eine Autobombe tötete sieben Menschen, mehr als 20 wurden zum Teil schwer verletzt. Mehr als drei Stunden später tötete der Täter Anders Behring Breivik in einem Ferienlager als Polizist verkleidet 85 Teilnehmer. Er konnte nach dem Eintreffen von Sicherheitsorganen auf Utöya festgenommen werden. Vor der Tat hatte Breivik eine ca. 1500 Seiten starkes „Manifest" mit dem Titel „A European Declaration of Independance – 2083" ins Internet gestellt. In dieser Schrift hetzte Breivik gegen den „Multikulturalismus" und den allgemein um sich greifenden „kulturellen Marxismus" und bezeichnete „den Islam" als eine „Genozid-Ideologie". Durch „Masseneinwanderung" und „Islamisierung" habe die regierende norwegische Sozialdemokratie bewusst auf einen „Bevölkerungsaustausch" hingearbeitet. Der norwegische Regierungschef Jens Stoltenberg sprach von der „schlimmsten Katastrophe nach dem 2. Weltkrieg" für das nordeuropäische Land.

Der Autor will mit diesem Buch einerseits „geistige Spuren" freilegen, die die Taten des Anders Behring Breivik erklären. Weiterhin geht um die Beantwortung der Frage, wie die europäische extreme Rechte auf das Massaker reagierte.

Schmid weist darauf hin, dass es sich bei Breivik nicht um einen Neonationalsozialisten handelt, der sich positiv auf Adolf Hitler bezieht. Für ihn zählt Breivik „zu dem Teil des rechten Spektrums, das besonders gegen ‚den' Islam hetzt, vordergründig oder auch inbrünstig den Staat Israel ‚als Frontstaat gegen die Araber' unterstützt und sich auf ‚westliche Werte' beruft." Die vor allem in rechten Medien verbreitete Version, dass Breivik ein „verwirrter Einzeltäter" war, wird von Schmid zurückgewiesen.

Schmid arbeitet vier unterschiedliche Reaktionsmuster bei den extremen Rechten in Europa auf die Anschläge in Norwegen heraus: Distanzierung, die Vertuschung bzw. Schuldzuweisung an die aus ihrer Sicht hegemonialen (linken) Eliten, die für Einwanderung und die multikulturelle Gesellschaft verantwortlich sind, Drohungen an die Adresse der Kritiker und (antisemitische) Verschwörungstheorien.

Um jegliche ideologische Mitverantwortung abzulehnen schloss die FPÖ z.B. Werner Königshofer, einen Abgeordneten im österreichischen Nationalrat aus, der die Anschläge in Oslo bagatellisierte, indem er auf die „Opfer der Abtreibungsgewalt" und auf die „tausend mal mehr islamistischen Gewalttaten" hinwies. Der französische Front National nahm ebenfalls Abstand von den Taten Breiviks. Als ihr Funktionär Laurent Ozon erklärte, die Anschläge wären eine Folge der „explosionsartigen Zunahme der Einwanderung" in Norwegen, die nun zwangsläufig zu gesellschaftlichen Konflikten führe, musste er auf Druck seiner Parteiführung am 14.8.2011 von allen Ämtern zurücktreten. Dies geschah aus Angst vor einem Reputationsverlust, war also als taktisches Manöver zu werten. Auf der rechten Webseite „La valise ou le cercueil" waren verschiedene Artikel des Betreibers Jacques Coutela erschienen, in denen Breivik positiv dargestellt wurde. Breivik sei ein „neuer Karl Martell" und der „erste Verteidiger des Abendlandes". Innerhalb der französischen extremen Rechten war auch die Verschwörungsthese, dass Breivik Freimaurer gewesen sei, sehr beliebt.

Breivik bezeichnete in seinem „Manifest" den Briten Paul Ray als „Mentor", der im Frühjahr 2009 eine zentrale Rolle bei der Gründung der islamfeindlichen English Defense League (EDL) spielte. Ray trat bald schon aus der EDL aus und gründete eine eigene Bewegung der „Tempelritter" (Knights Templar). Breivik nahm am 5.3.2010 an einer Demonstration der EDL teil.

Der Parteivorsitzende der Schweizerischen Volkspartei (SVP), Toni Brunner, bekundete sein Entsetzen über die Attentate in Norwegen. Die Tatsache, dass sich Breivik in seinem Manifest lobend über die SVP äußerte, zog keine Selbstkritik der SVP nach sich.

Nach den Anschlägen geriet das deutsche islamfeindliche Internetportal Politically Incorrect (PI) vorübergehend in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit bürgerlicher Medien in der Bundesrepublik. PI distanzierte sich zunächst halbherzig von Breiviks Taten und betrieb danach eine verklärende, an Diffamierung grenzende Berichterstattung. Im Kapitel 2.65 seines „Manifestes" äußerte sich Breivik folgendermaßen über den „Antiislamisierungskongress", der von der rechten Pro-Bewegung veranstaltet wurde, am 20.9.2008 in Köln: „In Köln, Deutschland, wurde eine geplante Anti-Islamisierungsdemonstration durch eine unheilige Allianz eurabischer multikultureller Eliten und linksextremen ‚Antifaschisten behindert." Mit dieser Tatsache konfrontiert, tat die Pro-Bewegung alles, um sich von der Ideologie und der Taten Breiviks zu distanzieren.

Schmid beschreibt überzeugend das geistige Milieu der extremen Rechten in Europa, das als ideologische Instanz wenigstens moralisch für die Attentate in Oslo verantwortlich war. Vor allem die Reaktionen der „Stichwortgeber der Tat"[9] in Frankreich werden gut herausgearbeitet. Die Schwäche des Buches liegt darin, dass es nur sehr wenige Informationen über die extreme Rechte in Norwegen selbst liefert. Die kurze Charakterisierung, die Schmid auf den Seiten 15-19 vornimmt, reicht bei weitem nicht aus, um ein umfassendes Verständnis für die Organisation, Programmatik, Strategie und die Frage der Militanz der extremen Rechten in dem nordeuropäischen Land zu bekommen. Folgende Fragen stellen sich: Ist die politische Kultur in Norwegen nach den konstant hohen Wahlerfolgen der rassistischen Fortschrittspartei nach rechts abgedriftet? Wenn ja, wie äußert sich das? Gibt es gesicherte Erkenntnisse über Einstellungspotentiale des antimuslimischen Rassismus oder zu Fragen der Migration allgemein? Existiert neben der Fortschrittspartei eine (neonazistische) Szene (Publikationsorgane, Verlage, andere rechte Parteien oder Organisationen), die eine Gefahr für die Demokratie und das Leben von Migranten und Linken darstellt?

Ein Fazit, das die wesentlichen Thesen des Buches zusammenfasst und diskutiert, fehlt leider auch. tri ■

Distanzieren Leugnen Drohen. Die europäische extreme Rechte nach Oslo, Münster 2011, Edition Assemblage, ISBN: 978-3-942885-09-6

Die öffentliche Debatte um die Zukunft der EU schwankt zwischen Machtpolitik und Idealisierung

Zwei aktuelle Beispiele

Durch die seit Monaten die Schlagzeilen beherrschende Euro-Krise finden auch Äußerungen zur Zukunft Europas mehr Aufmerksamkeit als in ruhigeren Zeiten. Zwei zuletzt in den Feuilletons vielfach rezensierte Neuerscheinungen umfassen die Spannbreite, innerhalb derer die Debatte verläuft. Es ist dies Eberhard Sandschneiders *Der erfolgreiche Abstieg Europas*, und Jürgen Habermas hat einen *Essay Zur Verfassung Europas* geschrieben. Der eine Pol der Diskussion ist eine kaum verhüllte Machtpolitik, deren optimale Durchsetzungsfähigkeit im europäischen Verbund erörtert wird, und der andere eine Idealisierung der EU, der ihr Vorbildcharakter für eine zukünftige Verfasstheit der Weltgesellschaft zuschreibt.

Pro-imperialistische Politikberatung

Im ersten Fall analysiert ein Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik die aktuelle weltpolitische Lage und gibt der deutschen Regierung Ratschläge zur Ausrichtung der künftigen Außenpolitik. Sandschneider geht davon aus, dass sich von der jetzigen Weltordnung mit einer einzigen Weltmacht ein Wechsel hin zu einer multipolaren Welt anbahne. Eines der künftigen Zentren werden die USA sein, eines China und möglicherweise noch andere bisherige Schwellenländer.

„Ob Europa in der multipolaren Welt der Zukunft tatsächlich ein wichtiger Pol sein wird, wird mittlerweile von strategischen Eliten in fast allen Teilen der Welt, einschließlich der USA, mit einem Fragezeichen versehen. Ähnlich problematisch sieht die Bilanz für die westliche Führungsmacht USA aus.“ (S. 33) Die EU aber reagiere ganz falsch auf diese strategischen Herausforderungen: Uneinig und unentschlossen, wenig flexibel und an tradierten Vorrechten festhaltend. Strategisch gelte es, „unser Augenmerk darauf (zu) richten, dass sich unsere eigenen Interessen durchsetzen lassen“ (S. 165) Die EU brauche „Reformen der Entscheidungsmuster“ (S. 142), … Den Zauderern muss sicherlich die Möglichkeit eines jederzeitigen späteren Mitwirkens eingeräumt bleiben.“ (S. 162) „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, heißt das in heutigen „Kerneuropa“-Konzepten. „Europa muss erwachsen werden und sich von den USA politisch und strategisch emanzipieren. (...) Großprojekte wie Airbus, Galileo und Ariane sind ein richtiger Weg, um Eigenständigkeit zu erreichen (...).“ (S. 168) Die „neuen Realitäten multipolarer Machtpolitik“ verlangten von der EU gegenüber den Newcomern auf der internationalen Bühne die „Bereitschaft, Platz zu machen“, um Konflikte zu vermeiden, „deren Kosten unkalkulierbar sind, aber immer zulasten Europas, seiner Sicherheit, aber auch seiner globalen wirtschaftlichen Interessen gehen“ (S. 170/1).

An dem ständigen Sozialabbau und der wachsenden Schere zwischen Arm und Reich oder der aggressiven Außen- und Außenhandelspolitik der EU unter deutsch-französischer Führung hat Sandschneider nichts auszusetzen.

Verklärung der EU

In seinem Essay-Band erläutert Habermas seine Ideen einer EU als Vorläufer und Vorbild „auf dem Weg zu einer politisch verfassten Weltgesellschaft“ (S. 40)…. Der Philosoph stellt sich genüsslich vor, wie z.B. ein Weltparlament arbeiten könnte. „Wie heute schon in der EU würden sich dann in der Weltgemeinschaft (wenn auch in anderen Zeithorizonten) die Gerechtigkeitsperspektiven der beiden verfassungsgebenden Subjekte – die egalitären Maßstäbe der Weltbürger und die konservativen, einstweilen nach Entwicklungsstand differenzierten Maßstäbe der Mitgliedstaaten – im Zuge der politisch gewollten faktischen Angleichung der Lebensverhältnisse einander annähern.“ (S. 96)

Dass in der EU zur Zeit die Folgen des geraden Gegenteils einer Angleichung der Lebensverhältnisse in der großen Schuldenkrise ihren hochexplosiven Ausdruck finden, ignoriert Habermas genauso wie die zahlreichen Widersprüche und Konkurrenzen, die zwischen Staaten, Kapitalfraktionen oder Konzernen bestehen und immer wieder in aller Schärfe ausgetragen werden. Sonst hätte er zu der Schlussfolgerung gelangen müssen, dass sein Traum nicht ohne eine Umwälzung der ökonomischen und politischen Verhältnisse möglich werden kann.

Habermas schwankt zwischen Kritik an Fehlentwicklungen, die er nicht als symptomatisch für das Ganze wahrnimmt, und der Falscheinschätzung der EU als eines „Europas für alle“ und nicht als eines kapitalistischen Bündnisses zur effektiveren Durchsetzung politischer Ziele der europäischen Staaten und wirtschaftlicher Interessen ihrer Konzerne in der Welt. Er ist kein Anhänger einer aggressiven Großmachtpolitik, sondern wird immer noch durch einen humanistischen Impuls angetrieben; er biegt sich aber die Realitäten in der EU zurecht oder ignoriert sie gleich ganz.

Gemeinsam ist beiden, dass sie keine grundsätzlich kritische Haltung zur EU einnehmen. Dass die staatlich geförderte Politikwissenschaft Ideologen wie Sandschneider hervorbringt, kann eigentlich niemanden verwundern. Dass aber auch ein linksliberaler Philosoph wie Habermas in solche Apologien der deutschen Außenpolitik verfällt, ist ein deutliches Zeichen, dass eine an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung oder an antiimperialistischen Aspekten orientierte Kritik an der deutschen EU-Politik über keinerlei Schlagkraft verfügt. Das ist es, was sich dringend ändern muss! *F* ■

Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas. Ein Essay, edition suhrkamp, Berlin 2011.
Eberhard Sandschneider: Der erfolgreiche Abstieg Europas. Heute Macht abgeben, um morgen zu gewinnen, Hanser Verlag, München 2011

Die Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten hat ihr Ziel (3000 Euro) fast erreicht

Bisher sind Spenden in Höhe von:

2778,– Euro

eingetroffen.
Wir danken allen Spenderinnen und Spendern.
Spendenkonto:
GNN-Verlag, Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Kontonummer: 10 419 507

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Rechter Terror: Es waren die Geheimdienste

Die äußerste Rechte hat ein politisches Problem: Einerseits schrecken viele ihrer Anhänger nicht vor Gewaltkriminalität bis hin zu Mord und Terror zurück, andererseits stellen sich faschistische Parteien in der Öffentlichkeit im Allgemeinen als besonders aufmerksame Hüter von Gesetz und Ordnung dar. Also haben sie ein Legitimationsproblem. Angesichts der Blutspur, die die Mörder des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds hinter sich herschleppten, prägt dieses Phänomen die Januarausgabe von ZUERST! in besonderem Maße.

Fanden sich im Dezemberheft noch Worte der Kritik an den Untaten der braunen Terroristen, wird einen Monat später ein andere Saite angeschlagen: Wir waren es nicht, die anderen waren es. Die anderen, das heißt in diesem Fall: die deutschen Geheimdienste. MALTE BISCHOFF, KATHARINA PRÖLL und THORSTEN DAHMKE versuchen unter der programmatischen Überschrift „Bestellter Terror?“ mehr als nur Zweifel an den bisherigen Ermittlungsergebnissen zu säen: „Seit Wochen hält eine unheimliche Mordserie Deutschland in Atem. Zogen rechte Untergrundkämpfer eine Blutspur durch das Land? Pannen, Ungereimtheiten und hunderte von Fragen begleiten die Ermittlungen. Hat der ‚braune Terror‘ ganz andere Hintergründe?“.

Tenor der Argumentation der Autor(inn)en ist, dass es zwar möglicherweise tatsächlich rechte Terroristen gegeben habe, hinter ihnen aber immer irgendein Geheimdienst gesteckt, der sie angestiftet und instrumentalisiert habe. Faschistischer Terror diene nur dem Gegner: „Dagegen erschließt sich der Nutzen von ‚rechtem Extremismus‘ und von ‚rechter Gewalt‘ für die Führungseliten der Bundesrepublik Deutschland sowie für ausländische Interessen schon viel leichter. In den äußeren Beziehungen verstärkt rechtsradikale Gewalt das Droh- und Einschüchterungspotential gegenüber Deutschland… Über jegliche rechte Gewalt, über jeden Prozeß gegen immer wieder aus dem Hut gezauberte alte oder neue ‚Nazi-Täter‘ frohlocken jene, die Deutschland klein und einflußlos halten möchten … “.

„Innenpolitisch erfüllt ‚rechter Terror‘ gleich zwei systemstabilisierende Funktionen. Die öffentliche Abscheu vor Ungerechtigkeit und Verbrechen wird von Politik und Medien geschickt in eine Diskreditierung von rechtem Personal, rechten Ideen und rechten Zielen umgeleitet… Dies blockiert die Etablierung einer seriösen rechten Partei-Altenative... Die zweite Funktion ist jene der Ablenkung, hier vor allem von alltäglicher Migranten-Gewalt gegen Deutsche, die immer stärker von einem antideutschen Rassismus mitgeprägt wird. Abgelenkt wird außerdem von dem real existierenden Linksextremismus“.

Das Problem der Autor(inn)en besteht darin, dass Taten und Täter zumindest in der interessierten Öffentlichkeit allgemein bekannt sind und auch der Hinweis auf die Geheimdienste nicht wirklich überzeugend ist. Deshalb erfolgt ein taktischer Rückzug: „Der NPD kann man den Vorwurf nicht ersparen, sich ihrer offensichtlichen Anziehungskraft auf solche Leute (*im Absatz davor war von der terroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann die Rede – tri*) nicht konsequent entzogen zu haben. Es ist kaum mit dem ‚Resozialisierungs‘-Argument des gerade abgewählten Ex-Vorsitzenden Udo Voigt zu entschuldigen, dass vor einigen Jahren Manfred Roeder als Redner und Bundestagskandidat bei der NPD wieder anheuern konnte, Manfred Börm Leiter des Ordnungsdienstes wurde, und Peter Naumann sogar bei der – des Rabaukentums unverdächtigen – Fraktion in Dresden angestellt wurde und immer noch als Redner unterwegs ist… Und Wehrsport-Hoffmann durfte in diesem Jahr gar ein Buch im parteieigenen Deutsche-Stimme-Verlag veröffentlichen und sich in der Parteizeitung in einem Interview ganzseitig verbreiten… Der Thüringer Parteifunktionär Patrick Wieschke, der wegen Anstiftung zu einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss ab 2002 für mehrere Jahre in Haft saß, wurde sogar in den neuen NPD-Bundesvorstand gewählt und firmiert dort als ‚Bundes-Organisationsleiter‘. Glaubwürdigkeit sieht anders aus“.

Die Frage nach der Rolle von Geheimdiensten und politischen und wirtschaftlichen Verschwörungen spielt auch außerhalb der genannten Titelgeschichte eine zentrale Rolle im Januarheft: Der „Enthüllungsjournalist“ GERHARD WISNEWSKI wird „über die Hintergründe der Angst vor dem ‚braunen Terror‘ interviewt, der ehemalige Agent des israelischen Geheimdienstes Mossad und jetzige Kunstgalerist VICTOR OSTROVSKY beschreibt im Interview launig die „Kniffe und Tricks ausländischer Dienste. Der Tod des ehemaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein wird in einem Gespräch mit dem Journalisten WOLFRAM BAENTSCH als Mord entlarvt (verantwortlich: der Mossad), FALK TIEDEMANN setzt sich in seinem Beitrag „Angriff der Eurokraten“ mit der Trilateralen Kommission auseinander und für GEORG KUTOWSKI beruht die Entscheidung für den Euro auf finsteren französischen Machenschaften. Politik wird also durchgehend als das Werk von Strippenziehern hinter den Kulissen beschrieben.

Vor dem dunklen Wirken der Geheimdienste aber ist offenbar selbst ZUERST!-Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER nicht gefeit. In einem begeisterten Beitrag über den Anti-Antifaschisten Prof. Dr. HANS-HELMUTH KNÜTTER, der „jahrelang als Gastdozent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz deren Mitarbeiter in Fragen des ‚Rechtsextremismus‘ ausgebildet“ hatte, kommt auch dessen Engagement im „Bund Deutscher Jugend“ in den fünfziger Jahren zur Sprache: Als Jugendlicher wurde Knütter im ‚Bund Deutscher Jugend‘ (BDJ) aktiv, einer stramm antikommunistischen Jugendorganisation. Distanziert sich Knütter heute davon? Er schüttelt den Kopf: ‚Dazu bekenne ich mich jederzeit. Darauf lege ich Wert!‘. Der BDJ wurde vor allem auch von westlichen Geheimdiensten gefördert. Es waren junge Idealisten wie Hans-Helmuth Knütter, die im BDJ den Kommunismus in der DDR bekämpften“. In der Titelgeschichte kann man über den BDJ noch folgendes erfahren: „In Deutschland waren verschiedene Geheimdienste jedenfalls auffällig oft mit von der Partie, wenn es um organisierte ‚rechte Gewalt‘ ging. Schon beim ‚Bund deutscher Jugend‘ in den 1950er Jahren mischten US-Dienste mit...“. Das hört sich doch ganz anders an als Ochsenreiters Jubel über die Jungen Idealisten. *(tri)* ■

